



Industrie: Deutschlands Motor läuft rund – aber nicht von alleine

August 2011

Ergebnisse einer DIHK-Sonderumfrage
bei den Industrie- und Handelskammern



Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Die Auswertung „Industrie: Deutschlands Motor läuft rund – aber nicht von alleine“ basiert auf einer Befragung von 66 Industrie- und Handelskammern (IHKs) unter Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleistern („Netzwerk Industrie“). Der Auswertung liegen die Einschätzungen von insgesamt 1.400 Unternehmen zur Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland zugrunde. Diese Sonderbefragung hat in diesem Jahr zum zweiten Mal stattgefunden. Im Sommer 2008 hatten die IHKs die Unternehmen im Netzwerk Industrie erstmals nach ihren Einschätzungen befragt (Vgl. Jenseits der Krise – Substanz und Zukunft des Industriestandortes Deutschland, Berlin 2009).

In regionaler Hinsicht kommen die Antworten aus dem Norden (12 Prozent), dem Westen (35 Prozent), dem Osten (14 Prozent) und dem Süden (39 Prozent). Dabei werden dem Norden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die Befragung hat vom 27. April 2011 bis zum 6. Juni 2011 stattgefunden.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK)
Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Innovation – Berlin 2011

Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. | Berlin | Brüssel

DIHK Berlin:
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:
Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: www.dihk.de

Redaktion DIHK – Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Innovation
Dr. Susanne Lechner, Dr. Dirk Schlotböller

Stand August 2011

Die wesentlichen Ergebnisse

- Die Industrie schätzt hierzulande vor allem die **Qualität der Fachkräfte**. Die Unternehmen geben hier die Note 2,4 – der beste Wert bei den Standortfaktoren. Deutlich schlechter als die Qualität bewerten sie die Verfügbarkeit von geeigneten Fachkräften (3,1). Zu den Stärken des Standorts zählen die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern vor Ort sowie der hohe soziale Friede. Mit der Verkehrs- und IT-Infrastruktur sind die Unternehmen ebenfalls weitgehend zufrieden.
- Bislang hat sich auch die sichere **Energieversorgung** als Vorteil des Industrielandes Deutschland erwiesen (Note 2,7). Dieser Trumpf darf nun angesichts der Energiewende nicht leichtfertig aus der Hand gegeben werden. Die Industrieunternehmen brauchen eine verlässliche Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen, andernfalls haben sie einseitige Nachteile am Standort Deutschland.
- Die größten Hindernisse sehen die Unternehmen in der **Komplexität und fehlenden Praxistauglichkeit des Steuerrechts** (Note 4,8) sowie im System der Steuern und Abgaben insgesamt (4,4). Auch die Höhe der Energiekosten spitzt sich als Standortnachteil zu (4,2).
- Alles in allem bewerten die Industrieunternehmen die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die **Wettbewerbsfähigkeit noch soeben mit befriedigend** (Note 3,4). Im Vergleich zur Vorumfrage aus dem Jahr 2008 verbessert sich die Gesamtbewertung leicht von 3,6 auf 3,4.
- Zur **Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit** fahren die Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie mehrgleisig. Betriebsintern heben sie Potentiale – von der Mitarbeiterqualifizierung bis zur Entwicklung zusätzlicher Dienstleistungen. Neue Absatzregionen erschließen die Unternehmen mit hochwertigen Produkten „Made in Germany“ – und bauen so ihre Präsenz auf den Weltmärkten weiter aus. Dabei vernetzen sich die Unternehmen auch immer stärker miteinander.
- Der **demografische Wandel und der steigende Fachkräftebedarf** erzeugen einen hohen Handlungsdruck in der Industrie. Die Unternehmen setzen alle Hebel in Bewegung, um ihr Arbeitskräftepotential zu stärken, auszuweiten und zu sichern. 95 Prozent der Industrieunternehmen ergreifen Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung. Fast jedes dritte von ihnen erhöht derzeit sogar seine Anstrengungen zur Mitarbeiterbindung. Ein überdurchschnittliches Engagement zeigen hier insbesondere die Hersteller von Metallerezeugnissen, der Kraftfahrzeugbau sowie die Metallerezeuger. Gerade in technisch-naturwissenschaftlichen Berufen wird qualifiziertes Personal immer knapper.
- Mehr als drei von vier Industrieunternehmen konzentrieren sich darauf, **ressourceneffiziente Produkte** herzustellen. Neue, verbrauchsarme Produkte werden von Endverbrauchern und entlang der Lieferkette immer stärker nachgefragt. Diese Produkte können sogar den Zugang zu neuen Märkten öffnen. Die Hersteller reagieren damit auch auf den steigenden Kostendruck, der auf der Wirtschaft lastet.
- **Höchste Priorität** für die Wirtschaftspolitik geben die Unternehmen dem Thema **Energieversorgung** – gerade unter dem Eindruck des Moratoriums der Laufzeitverlängerung der deutschen Kraftwerke. Unter den TOP-10 Forderungen der Unternehmen an die Politik fallen allein fünf in den Bereich „Energie und Ressourcen“. Dazu zählen allen voran die Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung, die dazugehörige Infrastruktur und wettbewerbsfähige Energie- und Strompreise.



Inhalt

	Seite
I Stärken und Schwächen des Industrielandes Deutschland	5
II Maßnahmen der Unternehmen für mehr Wettbewerbsfähigkeit	11
III Maßnahmen der Unternehmen mit Blick auf den demografischen Wandel	17
IV Maßnahmen der Unternehmen bei Energie-, Klimaschutz- und Umweltthemen	21
V Handlungsbedarf für die Politik	25
Anhang	39
Fragebogen	40
DIHK-Veröffentlichungen zur Industrie	46

I STÄRKEN UND SCHWÄCHEN DES INDUSTRIELANDES DEUTSCHLAND

Standort punktet mit Qualität der Fachkräfte und Verfügbarkeit von Dienstleistern ...

Die Industrie schätzt hierzulande vor allem die Qualität der Fachkräfte. Die Unternehmen geben hier die Note 2,4 – der beste Wert bei den Standortfaktoren. Auch die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern vor Ort sowie der hohe soziale Frieden zählen zu den Stärken des Standorts. Mit der Verkehrs- und IT-Infrastruktur sind die Unternehmen ebenfalls weitgehend zufrieden. Bislang hat sich auch die sichere Energieversorgung als Vorteil des Standorts Deutschland erwiesen (Note 2,7).

... und verliert bei Steuern und Energiekosten

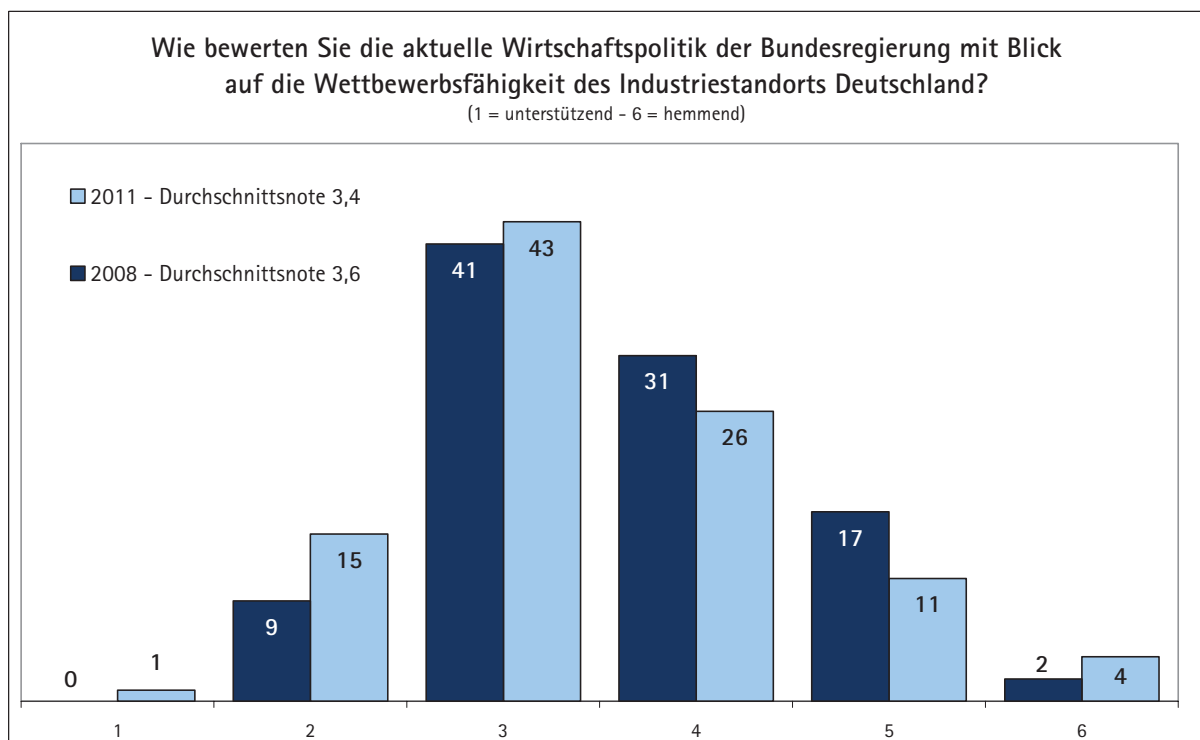
Die größten Hindernisse sehen die Unternehmen in der Komplexität und fehlenden Praxistauglichkeit des Steuerrechts (Note 4,8) sowie im System der Steuern und Abgaben insgesamt (4,4). Auch die Höhe der Energiekosten spitzt sich aus Unterneh-

mensicht als Standortnachteil zu (4,2). Bereits in der Vorumfrage hatten sich diese Faktoren als Wettbewerbsnachteil herausgestellt – das verschärft sich jetzt sogar noch.

Etliche infrastrukturelle Großprojekte, Industrieanlagen und neue Technologien werden zunehmend kritisch von der Bevölkerung hinterfragt, was sich aus Unternehmenssicht vor Ort negativ auf die jeweilige Standortentwicklung auswirken kann (Bewertung: 4,1). Gemeinsam mit Politik und Verwaltung sind die Unternehmen hier zunehmend gefragt, Projekte frühzeitig transparent zu kommunizieren, um Realisierungsverzögerungen zu vermeiden.

Zeugnis für Wirtschaftspolitik: soeben befriedigend

Alles in allem bewerten die Industrieunternehmen die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit mit 3,4. Im Vergleich zur Vorumfrage aus dem Jahr 2008 verbessert sich die Gesamtbewertung leicht von 3,6 auf 3,4. Immerhin fast 60 Prozent der Unternehmen stellen der Politik eine „drei“ oder besser aus.



Leicht überdurchschnittlich fällt die Benotung der aktuellen Wirtschaftspolitik in der Elektrotechnik, untern den Herstellern von Metallzeugnissen und den industrienahen Dienstleistern aus (jeweils 3,3). Dagegen bewerten die Energieversorger (3,8) sowie Chemie/Pharma (3,5) die aktuelle Wirtschaftspolitik schlechter als der Durchschnitt der Unternehmen.

Qualität der Fachkräfte geschätzt

Die Industrie sieht in der guten Qualifikation ihrer Fachkräfte die größte Stärke des Standortes (Note: 2,4). Die schulische und universitäre Bildung sowie das duale System der Berufsbildung leisten einen wichtigen Beitrag für eine breite und fundierte Qualifizierung. Insbesondere die größeren Mittelständler (500 bis 1.000 Beschäftigte) und Großunternehmen (mehr als 1.000 Beschäftigte) schätzen das Wissen der Fachkräfte. Diese Unternehmensgrößenklassen bewerten den Standortfaktor jeweils mit einer glatten zwei. Hochtechnologiebranchen wie die Chemie- und Pharmahersteller und die Maschinenbauer schätzen ebenfalls die Qualifizierung der Fachkräfte überdurchschnittlich gut ein (jeweils Note 2,0).

Deutlich schlechter als die Qualität bewerten die Unternehmen die Verfügbarkeit von geeigneten Fachkräften (3,1). Immerhin fällt die Einschätzung der Unternehmen damit etwas besser aus als 2008 – im damaligen Befragungszeitraum hatte der Fachkräftemangel kurz vor Ende des Beschäftigungsbooms 2006 bis 2008 gerade einen Höhepunkt erreicht (3,6).

Die staatlichen Angebote, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit die Fachkräftesicherung unterstützen sollen, erhalten lediglich die Note 3,8. Die bisherigen Anstrengungen von staatlicher Seite werden als unzureichend empfunden. Ein stärkeres politisches Engagement, z. B. beim Ausbau der Kinderbetreuung, ist daher aus Unternehmenssicht notwendig.

Das Netzwerk Industrie lebt ...

Die Unternehmen schätzen die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen bzw. Dienstleistern vor Ort als wichtigen Standortfaktor ein. Er erhält mit 2,4 eine besonders gute Benotung. Als enge Verflechtung von Produzenten, Zulieferern und Dienstleistern bildet das Netzwerk Industrie eine wichtige Voraussetzung für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Die gute Bewertung unterstreicht die ausgewogene Mischung aus Unternehmen industrieller Kernbranchen und Dienstleistern und Sparten wie Beratung, Marktforschung oder FuE. Trotz des Internationalisierungskurses der Wirtschaft bleibt die regionale Nähe von Zulieferern und Dienstleistern wichtig.

... auch in Kooperationen

Die Vernetzung der Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen bewerten die Unternehmen wie in der Umfrage 2008 mit einer 2,8. Dieser Standortfaktor rangiert damit im mittleren Bereich. Besonders die kleineren Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern sehen hier Nachholbedarf (3,1). Häufig verfügen sie nicht über die personellen Ressourcen, um stärker mit Forschungseinrichtungen kooperieren zu können. Ihre Einschätzung des Standortfaktors „Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten“ fällt ebenfalls wesentlich schlechter aus als bei den größeren Unternehmen (3,3; Großunternehmen: 2,7). Generell fällt auch die Beurteilung dieses Standortfaktors nur befriedigend aus. Lange Genehmigungs- und Zulassungsverfahren und komplizierte Administrationsverfahren in FuE-Fördermaßnahmen machen den Unternehmen besonders zu schaffen.¹

¹ Vgl. DIHK-Innovationsreport 2010 "Innovationsdynamik deutscher Unternehmen wächst – Forscher und Fachkräfte dringend gesucht!", Berlin, 2010.

Wie bewerten Sie mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland die folgenden Standortfaktoren im internationalen Vergleich? - durchschnittliche Benotung der einzelnen Faktoren - (1 = klarer Wettbewerbsvorteil - 6 = nicht wettbewerbsfähig)		
	2008	2011
Steuerrecht (Komplexität / Praxistauglichkeit)	4,7	4,8
Steuern und Abgaben	4,0	4,4
Energiekosten	4,1	4,2
Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten / Industrieanlagen / neuen Technologien	-	4,1
Effizienz der Behörden (inklusive Bürokratie)	3,5	4,1
Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren	-	4,0
Flexibilität des Arbeits- und Tarifrechts	4,1	4,0
Staatliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf	-	3,8
Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb	3,5	3,6
Umweltschutzaufgaben	3,3	3,6
Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen	2,8	3,3
Verfügbarkeit von geeigneten Fachkräften	3,6	3,1
Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten	-	3,0
Vernetzung von Forschung / Hochschulen mit Unternehmen	2,8	2,8
Rechtssicherheit	2,4	2,8
Energiesicherheit	-	2,7
Verkehrsinfrastruktur	2,7	2,5
IT-Infrastruktur	2,3	2,5
Verfügbarkeit von Gewerbeflächen	2,5	2,5
Sozialer Friede	2,6	2,4
Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen / Dienstleistern vor Ort	2,2	2,4
Qualität von Fachkräften	-	2,4

Infrastruktur noch weitgehend gut

Trotz der zunehmenden Engpässe in den Verkehrsnetzen sehen die Industrieunternehmen in der Verkehrsinfrastruktur noch immer eine Stärke des Industrielandes Deutschland. Die Bewertung reicht mit 2,5 knapp für ein „gut“.

Die Unternehmen sind auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen, um Vorprodukte rechtzeitig zu erhalten und ihre Kunden zügig beliefern zu können. Jedoch werden viele Erneuerungsinvestitionen vielfach aufgeschoben. Da für die Verkehrsleistung im Güterverkehr jedoch von

2004 bis 2025 ein Anstieg um 70 Prozent prognostiziert wird, müssen Kapazitäten bei Straße, Schiene und Wasserwegen erhöht werden. Ein Verkehrssystem, das den Mobilitätsanforderungen von Gesellschaft und Wirtschaft gerecht wird, ist für Deutschland als Haupttransitland und Logistikkreuzung Europas notwendig.

Die IT-Infrastruktur schätzen die Unternehmen etwas schlechter ein als in der Vorumfrage 2008 (aktuelle Bewertung: 2,5 ggü. 2,3 in 2008). Dabei benötigen Unternehmen schnelle Netze für neue Dienste und Anwendungen wie E-Government. Bereits in den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass

ein Drittel des Wirtschaftswachstums vom Vorhandensein schneller Internetanschlüsse abhängt – und damit auch viele Arbeitsplätze. Trotz Investitionen in den Breitbandausbau ist gerade der ländliche Raum noch unzureichend mit breitbandigen Internet-Anschlüssen versorgt.

Gewerbeflächen: Verfügbarkeit gut, Nutzung eingeschränkt

Die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen bewerten die Industrieunternehmen wie in der Vorumfrage mit einer 2,5. Allerdings verhindern umweltrechtliche Bestimmungen oftmals sinnvolle Lösungen für die gewerbliche Flächennutzung.

Rechtssicherheit und sozialer Friede überzeugen

Die Industrieunternehmen würdigen den sozialen Frieden und bewerten ihn mit einer 2,4 (Vorumfrage: 2,6). Die geringe Streikhäufigkeit im Land und die gute Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitgebern, die sich insbesondere in der Krise bemerkbar gemacht hat, prägen das positive Bild des hohen sozialen Friedens in Deutschland.

Zudem schätzen die Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie die Rechtssicherheit hierzulande (2,8). Sie brauchen einen verlässlichen Rechtsrahmen, der die erforderlichen Freiheiten gewährt und gleichzeitig Rechtssicherheit bietet. Insbesondere in der digitalen Welt, d. h. im Medien-, Telekomunikations- und Internetrecht, sind Gesetzesreformen nötig, die die Interessen, Bedürfnisse und Rechte aller Betroffenen angemessen berücksichtigen und so ausgestaltet sind, dass Unternehmen rechtssicher handeln können.

Globaler Wettbewerb: Unterstützung nötig

Die politische Unterstützung der Unternehmen im globalen Wettbewerb bleibt mit einer Benotung von 3,6 im hinteren Feld. In der Außenwirtschaftspolitik bestehen weiterhin viele Ansatzpunkte, die

Chancen deutscher Unternehmen auf internationalen Märkten zu stärken. Die Politik muss protektionistischen Maßnahmen rechtzeitig entgegen treten und die Handelsliberalisierung vorantreiben. Wichtigstes Signal für offene Märkte wäre der Abschluss der Doha-Welthandelsrunde.

Finanzierung bleibt wichtig

Die Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie schätzen die „Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen“ unter dem Strich nur als knapp befriedigend ein. Gegenüber der Vorumfrage aus dem Jahr 2008 verschlechtert sich diese Bewertung sogar von 2,8 auf aktuell 3,3. Trotz des konjunkturellen Aufschwungs und einer verbesserten Finanzierungssituation hierzulande schätzen die Unternehmen die Finanzierungsmöglichkeiten derzeit als weniger wettbewerbsfähig ein. Deutlich schlechter als der Durchschnitt bewerten die kleinen Unternehmen (bis 20 Mitarbeiter) die Finanzierungsmöglichkeiten (3,8). Bei ihnen kommen häufiger strukturelle Probleme wie fehlende Sicherheiten zum Tragen, die zu schlechteren Finanzierungsbedingungen führen. Auch findet sich in dieser Größenklasse ein erheblicher Anteil junger Unternehmen, die noch über keine lange Kredithistorie verfügen und deren Bonität niedriger eingestuft wird. Zudem weisen kleinere Unternehmen in der Regel eine geringe Eigenkapitalquote auf – das erschwert den Fremdkapitalzugang.

Größere Unternehmen hingegen bewerten die Finanzierungsmöglichkeiten besser (Unternehmen mit 500 bis 1.000 Beschäftigten: Durchschnittsbenotung 2,9; ab 1.000 Beschäftigte: Durchschnittsbenotung 2,8). Ihr besserer Zugang zum Kapitalmarkt eröffnet ihnen einen größeren Finanzierungsspielraum.

Energie: Kosten lasten auf Standort ...

Die Unternehmen sorgen sich zunehmend um steigende Energiekosten. Die Bewertung dieses Standortfaktors rutscht auf 4,2, nachdem sie bereits

2008 vergleichsweise schlecht ausgefallen war (4,1). Unternehmen energieintensiver Branchen sind in besonderem Maße alarmiert: Unternehmen des Papiergewerbes geben den Energiekosten eine glatte „fünf“, die Branche „Glas, Keramik und Steinerarbeitung“ bewerten mit „fünf plus“ (4,7).

Allein schon durch CO₂-Emissionszertifikate, Energiesteuern und Umlagen zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz und zum Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz kommt es zu erheblichen Erhöhungen des Strompreises. Die Energiewende dürfte weitere Verschärfungen mit sich bringen. Steigende Energie- und Rohstoffkosten hatten sich bereits im Jahr 2010 zum Konjunkturrisiko Nr. 1 für die Industrieunternehmen entwickelt. Mittlerweile nennen es 78 Prozent der Industrieunternehmen als Hauptrisiko ihrer Geschäftsentwicklung.²

... aber Versorgung noch sicher

Der Standortfaktor „Energiesicherheit“ erhält immerhin eine 2,7. Die sichere Energieversorgung hat sich bislang als Vorteil des Standortes erwiesen. Dieser Trumpf darf nun angesichts der Energiewende nicht leichtfertig aus der Hand gegeben werden. Die Industrieunternehmen brauchen eine verlässliche Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen, andernfalls haben sie einseitige Nachteile am Standort Deutschland. Eine schlechtere Bewertung erhält dieser Standortfaktor von den Gummi- und Kunststoffherstellern und den Maschinenbauern. Sie bewerten die „Energiesicherheit“ mit 3,0 bzw. 2,8.

Umweltschutzaufgaben immer schärfer

Im Umweltbereich nehmen die Regulierungen weiter zu – beispielsweise Vorschriften zu Luftqualität, Natur-, Lärm- und Gewässerschutz, zur Abfallentsorgung, zur Chemikalienzulassung oder zum Ökodesign. Sie verursachen Verkehrsbeschränkungen, Flächenengpässe oder erhöhen den Aufwand

für das betriebliche Umweltmanagement. Das verunsichert die Unternehmen und kann letztlich dazu führen, dass die hierzulande derzeit hohe Investitionstätigkeit der Unternehmen wieder nachlässt. Aktuell erhält der Standortfaktor Umweltschutzaufgaben nur noch die Note 3,6. In der Vorumfrage hatte es noch für ein „befriedigend“ gereicht (3,3). Am härtesten trifft das die Unternehmen der Gewinnung von Steinen und Erden sowie den Bergbau (4,3), deren Standortsicherung häufig durch überzogene Regelungen zum Naturschutz behindert oder gar vereitelt wird. Jedes zweite von ihnen benotet die Umweltschutzaufgaben unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit mit einer fünf oder gar einer sechs. Neben den Metallherzeugern (Note 4,0) stellen auch die Chemie- und Pharmaindustrie (Note 3,8) den Umweltschutzaufgaben ein noch schlechteres Zeugnis aus. In diesen Branchen nehmen Anforderungen des Umweltschutzes einen besonderen Rang ein. Die Chemiebranche muss zudem noch die Anforderungen der Chemikalienverordnung REACH zur Anmeldung und Zulassung von Stoffen mit erheblichem Aufwand umsetzen.

Großprojekte werden zur Herausforderung

Zudem lösen überregionale Infrastrukturprojekte und industrielle Großvorhaben vielfach öffentliche Diskussionen aus, die häufig erst bei Baubeginn artikuliert werden. Die Unternehmen stellen eine zunehmende Skepsis der Bevölkerung gegenüber Großprojekten und neuen Technologien (4,1) fest. Mehr Transparenz bei der Planung und eine bessere Aufklärung und Einbindung der Bevölkerung könnten helfen, die Akzeptanz von Großprojekten zu erhöhen und Realisierungszeiträume zu verkürzen.

Steuerrecht bleibt Hemmnis

An letzter Stelle der Standortfaktoren rangiert unverändert die Komplexität und Praxistauglichkeit des Steuerrechts. Die Bewertung verschlechtert sich gegenüber der Vorumfrage sogar leicht von

² Vgl. DIHK-Umfrage „Wirtschaftslage und Erwartungen“ Frühlingssemester 2011

4,7 auf 4,8. Das deutsche Steuerrecht verliert sich immer mehr im Dickicht von Missbrauchsversuchen und Partikularinteressen. Hohe Bürokratielasten, Rechtsunsicherheit und ungleiche Wettbewerbsbedingungen sind die Folgen. Auch die Einschätzung des Standortfaktors „Steuern und Abgaben“ fällt im Vergleich zur Vorumfrage schlechter aus (2011: 4,4; 2008: 4,0). Der demografische Wandel stellt die Sozialversicherungssysteme vor große Herausforderungen. Wachsende Leistungsansprüche, insbesondere in der Kranken- und Pflegeversicherung, werden Unternehmen und Bürger durch steigende Sozialabgaben stärker belasten, wenn nicht gegengesteuert wird.

Arbeitsrecht bleibt in Kritik

Großen Nachholbedarf sehen die Industrieunternehmen zudem im Arbeitsrecht, dem sie erneut nur ein ausreichend (Note 4,0) bescheinigen. Die Forderungen beziehen sich hier sowohl auf den Kündigungsschutz als auch auf unbürokratischere Befristungsregeln, aber auch auf Anpassungen an die Rechtssprechungen des Europäischen Gerichtshofs (z.B. Urlaub, Kündigungsfrist).

Nachholbedarf bei Behördeneffizienz

Die Effizienz der Behörden erhält von den Unternehmen nach wie vor nur eine schlechte Bewertung (4,1). Lange Bearbeitungszeiträume, Formalitäten, z. B. bei Ausfuhrdokumenten und Zollanmeldungen, sowie lange Plan- und Genehmigungsverfahren machen den Unternehmen zu schaffen. Kleinere Erfolge, die bereits beim Abbau der Belastungen durch Informationspflichten erzielt wurden, kommen in der Bewertung der Behördeneffizienz kaum zum Tragen. Es steht weiterhin eine umfassende Nutzung von E-Government-Anwendungen aus. Hier besteht noch hoher Handlungsbedarf.

II MAßNAHMEN DER UNTERNEHMEN FÜR MEHR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Engagement auf allen Ebenen

Zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit fahren die Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie mehrgleisig. Betriebsintern heben sie Potenziale – von der Mitarbeiterqualifizierung bis zur Entwicklung zusätzlicher Dienstleistungen. Neue Absatzregionen erschließen die Unternehmen mit hochwertigen Produkten „Made in Germany“ – und bauen so ihre Präsenz auf den Weltmärkten weiter aus. Dabei vernetzen sich die Unternehmen auch immer stärker miteinander.

Priorität Mitarbeiterqualifizierung

Nahezu alle Unternehmen setzen auf die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter (99 Prozent). Die Bedeutung dieses Faktors ist somit noch einmal gewachsen – er hatte bereits in der Umfrage 2008 einen enorm hohen Stellenwert (96 Prozent). Unter den Unternehmen, die ihre Mitarbeiter qualifizieren, erhöhen sogar 42 Prozent ihre Weiterbildungsmaßnahmen. Bei der Weiterbildung legen die Industrieunternehmen neben Fachwissen und sozialen und persönlichen Kompetenzen besonderen Wert auf die Weiterentwicklung berufsspezifischer Fertigkeiten.³ Dieses Wissen wird benötigt, um auch weiterhin qualitativ hochwertige Produkte herstellen zu können, mit denen die Unternehmen ihre Wettbewerbsposition weiter ausbauen können. In den exportorientierten Branchen wie der Gummi- und Kunststoffindustrie sowie in der Chemie- und Pharmaindustrie liegen die Anteile der Unternehmen, die stärker als bisher auf die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter setzen, mit 59 bzw. 55 Prozent noch höher.

³ Vgl. Weiterbildung 2011, Ergebnisse einer IHK-Online-Unternehmensbefragung.

Die Industrie- und Handelskammern unterstützen intensiv den Prozess der Mitarbeiterqualifizierung. Neben Fortbildungsprüfungen, die jährlich rund 70.000 Fachkräfte für höhere Aufgaben qualifizieren, stellen sie und ihre Bildungszentren Angebote bereit, um den kurzfristigeren Nachfragen nach spezifischen Weiterbildungsinhalten nachkommen zu können.

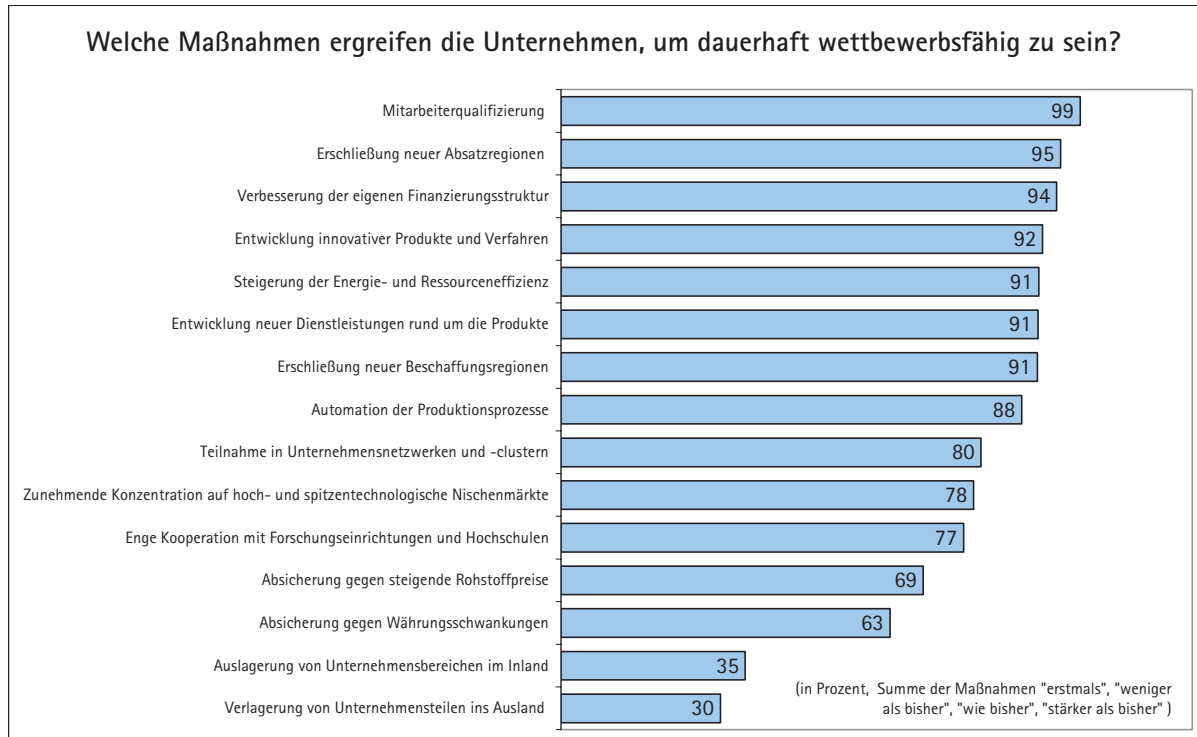
Präsenz auf neuen Märkten ...

95 Prozent der Unternehmen setzten Kapital ein, um neue Märkte zu erschließen, z. B. mit Hilfe des Auf- und Ausbaus neuer Produktionsstätten. Unter diesen auslandsaktiven Unternehmen weiten sogar 49 Prozent ihr Engagement aus. Von den Unternehmen im Kraftfahrzeugbau, die neue Märkte erschließen, konzentriert sich mehr als jedes zweite stärker als bisher auf die Erschließung neuer Absatzregionen (57 Prozent). Fast jedes zweite Unternehmen der Metallerzeugung und -bearbeitung erhöht seine bisherigen Investitionen zur Markterschließung (48 Prozent). Die aktuelle DIHK-Umfrage zu den Auslandsinvestitionen zeigt, dass die Unternehmen bei ihren Auslandsinvestitionen in immer stärkerem Maß Märkte außerhalb Europas in den Blick nehmen.⁴ Dank ihrer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung werden Asien und Lateinamerika für Investitionen deutscher Unternehmen noch interessanter. Zielregion Nummer eins ist dabei China – insbesondere für Kfz-Hersteller sowie Metallerzeuger und -bearbeiter.

... auch für Beschaffung

Auch auf der Beschaffungsseite vergrößern die Industrieunternehmen ihren Einkaufspool zunehmend. 91 Prozent der Unternehmen setzen auf eine größere Anzahl von Lieferanten und sichern sich damit ihren Bezug an Rohstoffen und Vorprodukten. Dabei nimmt von ihnen jeder dritte Betrieb neue Regionen stärker als bisher in den Blick (34 Prozent). Ein überdurchschnittliches Engagement

⁴ Vgl. DIHK-Umfrage zu den Auslandsinvestitionen in der deutschen Industrie (2011).



legen dabei die Unternehmen im Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe (58 Prozent) sowie im Kraftfahrzeugbau (52 Prozent) an den Tag, die noch intensiver als bisher neue Beschaffungsmärkte ausloten.

Energie- und Ressourceneffizienz weiterhin an vorderster Stelle

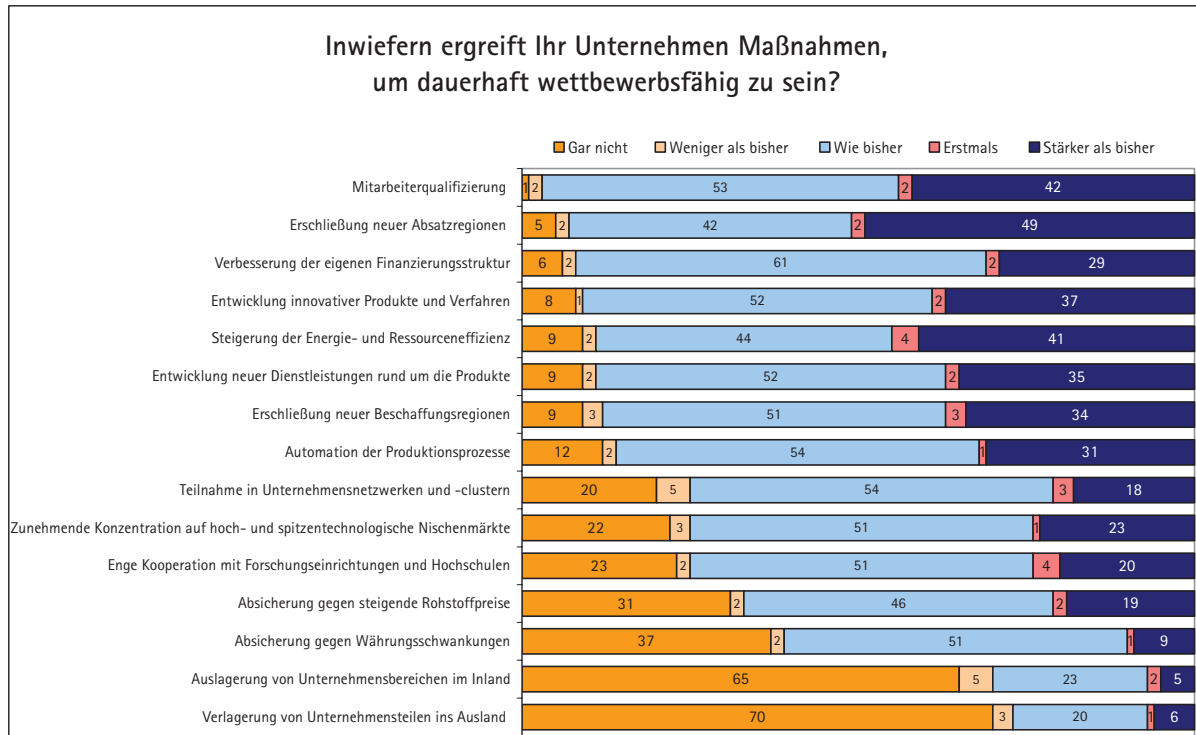
Die im internationalen Vergleich bereits besonders effizient produzierende Industrie sieht in der Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz ein wichtiges Handlungsfeld, um ihre Wettbewerbsposition zu erhöhen. 91 Prozent aller Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie setzen bereits auf einen effizienteren Ressourceneinsatz. 41 Prozent forcieren diese Aktivitäten sogar noch stärker. Besonders aktiv zeigt sich die Gummi- und Kunststoffindustrie, in der 70 Prozent der Unternehmen ihre Anstrengungen, noch energie- und material-effizienter zu produzieren, weiter erhöhen. In dieser Branche sehen besonders viele Unternehmen (93 Prozent) steigende Energie- und Rohstoffpreise als ihr größtes Geschäftsrisiko.⁵

⁵ Vgl. DIHK-Umfrage „Wirtschaftslage und Erwartungen“ Frühsommer 2011

Das Engagement der größeren Unternehmen ist besonders hoch. Bei den Unternehmen ab 200 Mitarbeitern unternimmt jedes zweite, bei den Unternehmen bis 20 Mitarbeitern erst jedes fünfte stärkere Anstrengungen. Besonders bei Unternehmen mit einer kleineren Mitarbeiterzahl können Informationsbarrieren hinsichtlich technischer Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung Ursache für die relativ größere Zurückhaltung sein. Die Personalkapazitäten reichen oft nicht aus, um sich diesem Thema noch intensiver zu widmen. Jedoch erhöht sich auch bei ihnen der Handlungsdruck infolge steigender Preise: Immerhin sieben Prozent planen erstmals, die Energie- und Ressourceneffizienz zu erhöhen. Diese Aktivitäten unterstützt die IHK-Organisation im Rahmen der mit der Bundesregierung initiierten „Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation“ durch Information und Qualifizierung.

Vorsprung sichern durch innovative Produkte und Verfahren ...

Neun von zehn Unternehmen entwickeln mittlerweile innovative Produkte und Verfahren. Bereits in der Befragung 2008 hatte sich gezeigt, dass fast



drei Viertel der Unternehmen auf mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung setzen. 37 Prozent erhöhen sogar ihre Anstrengungen. Dabei zeigen insbesondere die Unternehmen im Fahrzeugbau (51 Prozent), der Elektrotechnik (51 Prozent) sowie im Maschinenbau (41 Prozent) ein noch höheres Engagement. Diese Branchen leisten hierzu-lande mehr als 60 Prozent der FuE-Ausgaben.

... sowie neue begleitende Dienstleistungen rund um die Produkte

Auch die Dienstleistungsseite des Netzwerks Industrie entwickelt sich ständig weiter. Neun von zehn Unternehmen ergänzen bereits ihr Produktportfolio um passende Dienstleistungen und vergrößern damit ihr Leistungsspektrum. Unter ihnen setzt sogar jedes dritte Unternehmen stärker als bisher auf produktbegleitende Dienstleistungen (35 Prozent). Damit erweitern sich die Vertriebsmöglichkeiten und die Betriebe können neue Märkte erschließen.

Für 97 Prozent der Energieversorger ist die Entwicklung neuer Dienstleistungen eine wesentliche Maßnahme. Sie umfasst neben der Beratung zur

Energieeinsparung insbesondere das Contracting. Dabei übertragen die Unternehmen ihre Energieversorgung oder einen Teils davon auf einen Energiedienstleister. Jeder zweite Energieversorger baut sein Dienstleistungsangebot dahingehend sogar weiter aus.

Konzentration auf Nischenmärkte nimmt zu

Mit der Entwicklung innovativer Produkte und Verfahren sowie neuen Dienstleistungen gelingt es den Unternehmen, auch hoch- und spitzentechnologische Nischenmärkte zu besetzen. 78 Prozent der Unternehmen setzen zunehmend auf solche Bereiche. In der Vorumfrage 2008 waren es erst 65 Prozent. Unter den Unternehmen, die neue Nischenmärkte suchen, erhöht fast ein Viertel sogar seine bisherigen Anstrengungen, in spezielle Märkte vorzudringen (23 Prozent). Als Nischenanbieter agieren besonders viele Unternehmen aus der Elektrotechnik (91 Prozent), von denen sich fast jeder dritte stärker als bisher mit speziellen Produkten und Anwendungen auf Nischenmärkte ausrichtet. Auch die Chemie- und Pharmahersteller sowie Metallerzeuger und -bearbeiter (jeweils 89 Prozent) verbinden mit der Konzentration auf



hoch- und spitzentechnologische Nischenmärkte eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Finanzierungsstruktur noch nicht ausgereizt

Mit einer verbesserten Finanzierungsstruktur wollen 94 Prozent der Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Etliche Betriebe haben in der Krise gemerkt, dass in Finanzierungsfragen Verbesserungspotenzial liegt. Dazu gehören die Nutzung von Finanzierungsalternativen, die Einbeziehung weiterer Finanzierungspartner oder das Heben von internen Finanzierungspotenzialen. Eine verbesserte Finanzierungsstruktur gewinnt gerade mit Blick auf die Auswirkungen der Finanzmarktregulierung – allen voran Basel III – auf die eingegengten Kreditvergäbespielräume der Hausbanken an Bedeutung.

Automatisierung schreitet voran

88 Prozent der Unternehmen prüfen, inwieweit Produktionsprozesse automatisiert werden können, also arbeitsintensive Prozesse verstärkt durch Maschinenarbeit ersetzt werden können. 31 Prozent intensiveren sogar ihre Anstrengungen, die Auto-

matisierung noch mehr auszuweiten. Besonders in der Metallerzeugung und -bearbeitung, in der bereits 95 Prozent der Unternehmen auf eine Automation ihrer Produktionsprozesse setzen, ist mehr als jedes zweite Unternehmen dabei, seine Produktivität durch eine noch stärkere Automatisierung weiter zu erhöhen (52 Prozent). Auch bei den Betrieben in der Gummi- und Kunststoffindustrie erhöht fast jeder zweite noch stärker als bisher den Automatisierungsgrad seiner Produktion (48 Prozent).

Kooperationen gewinnen an Bedeutung

Sowohl die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen als auch mit Zulieferern und Dienstleistern ist für die Unternehmen ein immer wichtigeres Mittel, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. 77 Prozent der Industrieunternehmen und der industrienahen Dienstleister kooperieren eng mit Forschungs- und Hochschul-instituten. In der Vorumfrage 2008 waren es erst 69 Prozent. Besonders Unternehmen der Technologiebranchen Kraftfahrzeugbau (95 Prozent), Chemie und Pharma (89 Prozent) und Maschinenbau (87 Prozent) suchen den engen Kontakt zu Hoch-

schulen. Mit einer stärkeren Kooperation erhalten die Unternehmen nicht nur Zugang zu Wissen, das sie für ihre Produkte und Prozesse benötigen, sondern sichern sich den Zugriff auf Spezialisten und Fachkräfte.

Besonders die größeren Unternehmen ab 200 Mitarbeitern gehen Kooperationen mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen ein. 94 Prozent der Unternehmen mit 200 bis 500 Beschäftigten und 97 Prozent der Großunternehmen (über 1.000 Mitarbeiter) führen gemeinsame Projekte durch.

Zudem engagieren sich acht von zehn Unternehmen in Unternehmensnetzwerken und -clustern, die durch ihre Innovationskraft die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Regionen stärken können. Cluster sind eine räumliche Konzentration von Unternehmen, deren Aktivitäten sich entlang mehrerer Wertschöpfungsketten ergänzen oder miteinander verwandt sind. Forschungseinrichtungen, Verbände und IHKs können hierbei unterstützend wirken. Im Kraftfahrzeugbau und bei den Energieversorgern sind sogar neun von zehn Unternehmen in Netzwerken und Clustern vertreten. Auch im Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung zeigen die Unternehmen eine starke Präsenz bei solchen Kooperationen (88 Prozent).

Je größer das Unternehmen, desto stärker nimmt es an Netzwerken und Clustern teil. Suchen bei den kleineren Unternehmen bis 20 Mitarbeiter 69 Prozent den stärkeren Austausch in Netzwerken, sind es bei den mittelständischen Unternehmen mit 20 bis 200 Beschäftigten bereits 79 Prozent. Bei den großen Mittelständlern ab 200 bis 500 Mitarbeiter suchen 88 Prozent, ab 1.000 Mitarbeiter sogar 98 Prozent den Kontakt zu Netzwerken und -clustern.

Absicherung gegen Rohstoffpreisisiken ...

69 Prozent der Unternehmen im Netzwerk Industrie sichern sich gegen steigende Rohstoffpreise ab – fast jedes fünfte von ihnen sieht sich sogar zu

verstärkten Absicherungsanstrengungen gezwungen. Mehr als jedes vierte Unternehmen in der Chemie- und Pharmabranche (28 Prozent) sowie in der Gummi- und Kunststoffindustrie (27 Prozent) tätigt mehr Absicherungsgeschäfte. Im Ernährungsgewerbe (38 Prozent), das von steigenden Preisen für agrarische Rohstoffe besonders gebeutelt ist, und bei den Textilherstellern (32 Prozent) sichern sich besonders viele Unternehmen stärker als bisher ab. Denn neben den steigenden Preisen kommt für die deutschen Unternehmen erschwerend hinzu, dass immer mehr Rohstoffanbieter Verträge für kürzere Zeiträume abschließen – zu Lasten der Planungssicherheit der Unternehmen.⁶

... und Währungsschwankungen nimmt zu

Sechs von zehn Unternehmen sichern sich gegen Wechselkursvolatilitäten bei ihren Geschäften ab. Bei den besonders exportstarken Mittelständlern mit 200 bis 500 Mitarbeiter sind es über 80 Prozent (500 bis 1.000 Beschäftigte: 92 Prozent; ab 1.000 Beschäftigte: 93 Prozent). In exportintensiven Branchen wie dem Maschinen- und dem Kraftfahrzeugbau (75 bzw. 71 Prozent) sind die Bestrebungen noch höher, sich abzusichern und damit die Planungssicherheit zu vergrößern. Zwar ist die Absicherung eine wichtige Hilfe für die Industrieunternehmen, jedoch ist damit zu rechnen, dass sie angesichts größerer Schwankungen teurer wird.

Absicherungsgeschäfte werden auf der Einfuhrseite getätigt, um die Aufwendungen für importierte Vorleistungen sowie für Energie und andere Rohstoffe etwas besser kalkulierbar zu machen. Besonders in der Gummi- und Kunststoffindustrie (76 Prozent), bei den Chemie- und Pharmaherstellern (75 Prozent) und unter den Energieversorgern (73 Prozent) sichern sich viele Betriebe gegen Wechselkursvolatilitäten ab. Dauerhaft umgehen Unternehmen das Wechselkursrisiko durch „Natural Hedging“. Mit der Produktion vor Ort entfällt das

⁶ Vgl. IHK-Unternehmensbarometer „Rohstoffklemme zeichnet sich ab“, November 2010.

Wechselkursrisiko. Auslandserlöse und Aufwendungen werden stabilisiert. Mittlerweile investiert fast jedes fünfte Industrieunternehmen zur Absicherung gegen Wechselkursschwankungen im Ausland – vor allem beim Handel mit dem Dollarraum.⁷

Outsourcing Randthema

Die Auslagerung von Unternehmensbereichen im Inland ist für 35 Prozent der Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie eine Maßnahme, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Durch die Auslagerung auf Zulieferer und Dienstleister konzentrieren sie sich auf Kernkompetenzen und verringern die Wertschöpfungstiefe.

Auslandsverlagerung: nur selten als Notausgang

Die (Teil-)Verlagerung von Wertschöpfung ins Ausland bleibt zwar für etliche Unternehmen eine Option; sieben von zehn Betrieben sehen darin aber keine Notwendigkeit, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Die in den letzten Jahren erhöhte Attraktivität des Standorts Deutschland findet in diesem Ergebnis mithin ihren Ausdruck. Spiegelbildlich dazu gewinnt die Erschließung neuer Absatzmärkte auch bei den Auslandsinvestitionen der Industrieunternehmen gegenüber dem Kostenmotiv an Bedeutung – das zeigt die aktuelle DIHK-Umfrage zu den Auslandsinvestitionen.

⁷ Vgl. DIHK-Umfrage zu den Auslandsinvestitionen in der deutschen Industrie (2011).

III MAßNAHMEN DER UNTERNEHMEN MIT BLICK AUF DEN DEMOGRAPHISCHEN WANDEL

Fachkräfte werden gehalten

Der demografische Wandel und der steigende Fachkräftebedarf erzeugen einen hohen Handlungsdruck in der Industrie. Die Unternehmen setzen alle Hebel in Bewegung, um ihr Arbeitskräftepotenzial zu stärken, auszuweiten und zu sichern. 95 Prozent der Industrieunternehmen ergreifen Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung. Fast jedes dritte von ihnen erhöht derzeit sogar seine Anstrengungen, gut qualifiziertes Personal zu halten (31 Prozent). Ein überdurchschnittliches Engagement zeigen hier insbesondere die Hersteller von Metallerzeugnissen (43 Prozent), der Kraftfahrzeugbau (38 Prozent) sowie die Metallerzeuger- und -bearbeiter (36 Prozent). Gerade in technisch-naturwissenschaftlichen Berufen wird qualifiziertes Personal immer knapper.

Besonders die größeren Unternehmen ergreifen zur Fachkräftesicherung die Initiative. Sie haben nicht nur einen quantitativ höheren Ersatz- und Qualifizierungsbedarf, sondern verfügen auch über die entsprechenden Mittel, um z. B. gezielt um Studierende zu werben. Gleichzeitig verfügen insbesondere größere Unternehmen mit einem professionelles Personalmanagement häufig über ein höheres Problembewusstsein für die Effekte des demografischen Wandels.

Unternehmen fördern Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Bei der Fachkräftesicherung setzen die Unternehmen auch auf eine weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z.B. durch flexible Arbeitszeiten. Knapp neun von zehn Industrieunternehmen ergreifen entsprechende Initiativen – jedes fünfte von ihnen sogar stärker als bisher. Die Chemie- und Pharmahersteller und die Energiever-

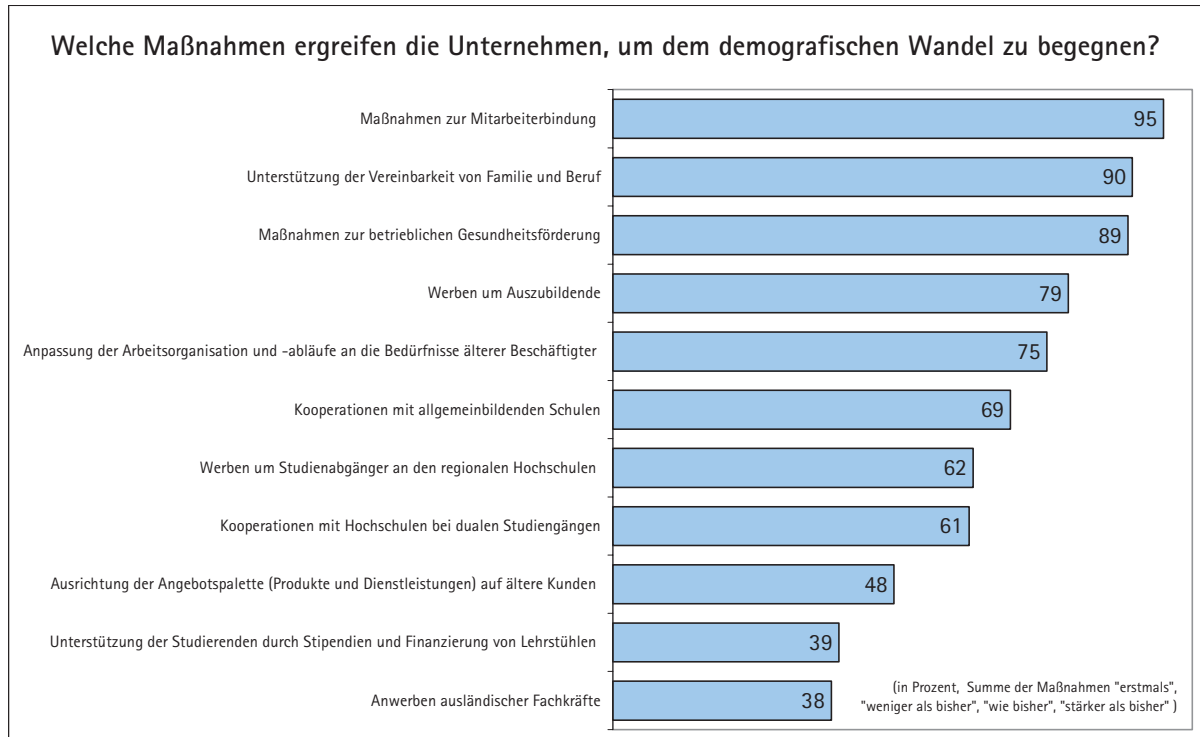
sorger zeigen sich überdurchschnittlich engagiert: Mehr als jeder dritte Betrieb will noch intensiver die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern (35 bzw. 41 Prozent).

Die IHK-Organisation berät die Betriebe über die Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiten und ihrer Umsetzung im Betrieb. Gemeinsam mit Verbänden, Gewerkschaften und der Bundesregierung hat der DIHK Anfang Februar 2011 die Charta für familienfreundliche Arbeitszeiten unterzeichnet. Mit einer umfangreichen Datenbank und einem Leitfaden über Best-Practice-Beispiele sowie mit Veranstaltungen vor Ort informiert die IHK-Organisation die Unternehmen. Darüber hinaus unterstützt sie mit dem Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ die Unternehmen praxisorientiert, z.B. mit Checkheften zur familienfreundlichen Personalpolitik.

Potenzial älterer Arbeitnehmer genutzt

Der Anteil älterer Beschäftigter an den Belegschaften steigt. Von ihrem Wissen profitieren auch jüngere Kollegen. Zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit und Motivation insbesondere auch von älteren Arbeitnehmern ergreifen 89 Prozent der Industrieunternehmen Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung. Darunter fallen Angebote zum Betriebssport, Gesundheitschecks oder auch eine angepasste Arbeitsplatzgestaltung. Mehr als jedes fünfte Unternehmen setzt noch stärker auf die betriebliche Gesundheitsförderung. 46 Prozent der chemischen und pharmazeutischen Unternehmen wollen sich intensiver als zuvor in der betrieblichen Gesundheitsförderung engagieren. Unter den Energieversorgern plant mindestens jeder dritte, seine gesundheitsfördernden Maßnahmen auszubauen.

Zudem passen die Industrieunternehmen auch Arbeitsorganisation, -zeit und -ort an die Bedürfnisse älterer Beschäftigter an. Drei Viertel der Industriebetriebe unternehmen entsprechende Anstrengungen. Ein überdurchschnittliches Engagement

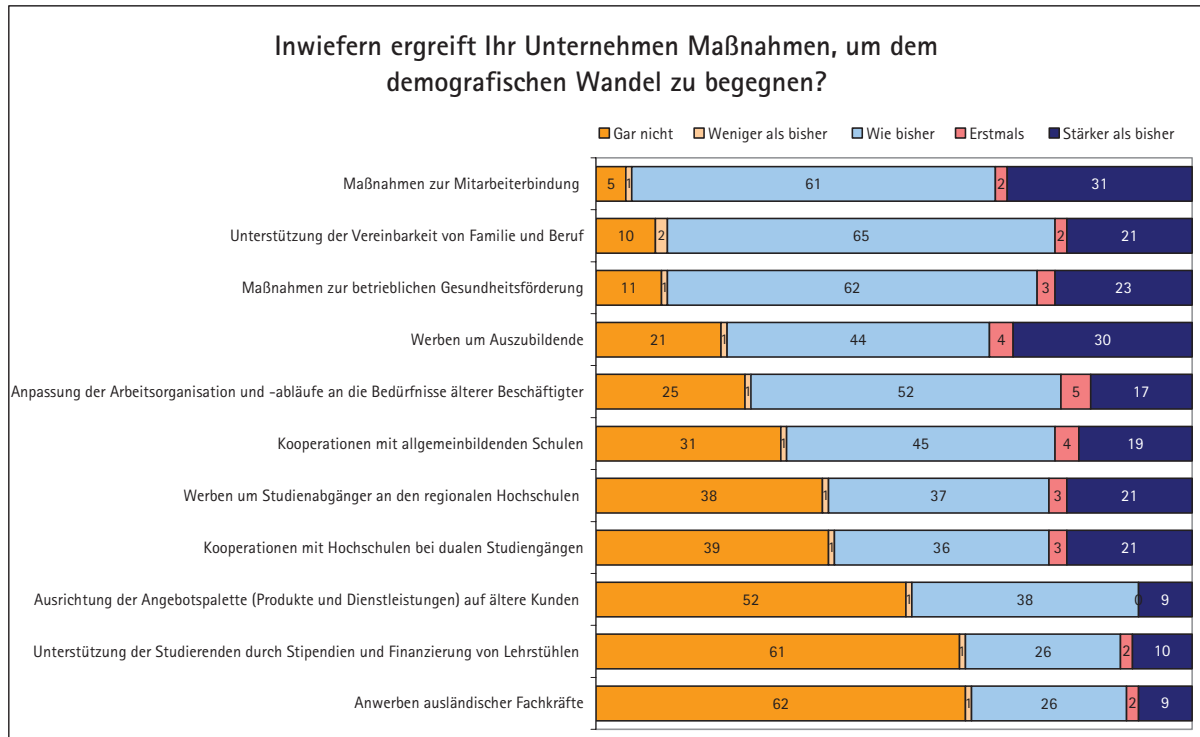


zeigen dabei beispielsweise das Ernährungsgewerbe (87 Prozent) und die Chemische und Pharmazeutische Industrie (86 Prozent). Unter den Chemie- und Pharmaherstellern passen 40 Prozent noch intensiver die Abläufe und Organisation an die Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer an – der höchste Wert im Industriebranchenvergleich (Durchschnitt: 17 Prozent). Gerade in dieser Branche, in der fast jedes zweite Unternehmen mit einer starken Alterung seiner Belegschaft rechnet,⁸ besteht ein ausgeprägtes Problembewusstsein für die Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer. Das ergibt sich vielfach schon aus der eigenen Produkt- und Dienstleistungspalette mit einem Bezug zu Demografie, Alterung und Gesundheit. 62 Prozent der Unternehmen in der Chemie- und Pharmabranche richten ihre Produkte und Dienstleistungen auf ältere Kunden aus – darunter fast jedes zehnte stärker als zuvor. Im Textil-, Bekleidungs- und Leder-gewerbe erweitern sogar 67 Prozent der Unternehmen ihre Angebotspalette um demografiege-rechte Produkte und gehen damit gezielt auf die Bedürfnisse der älteren Kundschaft ein.

Ringens um Auszubildende ...

Die Betriebe im Netzwerk Industrie unternehmen außerdem bereits zahlreiche Anstrengungen, um Auszubildende zu gewinnen. 79 Prozent werben bereits gezielt um Auszubildende. Untern ihnen intensivieren sogar drei von zehn Unternehmen ihre Suche. Ein besonders hohes Engagement zeigen die Kraftfahrzeugbauer (95 Prozent) und Hersteller von Metallerzeugnissen (92 Prozent). Unter ihnen wollen vier von zehn Unternehmen sogar noch stärker als bisher Auszubildende für sich interessieren. Eine Möglichkeit, um sich als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren, sind Kooperationen mit allgemeinbildenden Schulen. 69 Prozent der Industrieunternehmen suchen den Kontakt mit den Schulen. Jedes fünfte Unternehmen baut bestehende Kooperationen weiter aus. Insbesondere die Unternehmen im Kraftfahrzeugbau (38 Prozent), in der Gummi- und Kunststoffindustrie (36 Prozent) sowie die Hersteller von Metallerzeugnissen (25 Prozent) wollen durch eine verstärkte Kooperation mit Schulen Auszubildende gewinnen.

⁸ Vgl. Arbeitsmarkt und Demografie – DIHK-Umfrage zu den Folgen des demografischen Wandels, Mai 2011.



... und Hochschulabsolventen

Bei ihren Anstrengungen, Hochschulabsolventen für das eigene Unternehmen zu gewinnen, setzen die Betriebe mehrere Hebel in Bewegung. Über 60 Prozent gehen Kooperationen mit Hochschulen bei dualen Studiengängen ein, ebenso viele werben direkt an den regionalen Hochschulen um Studienabgänger. Viele Unternehmen setzen bereits auf eine frühzeitige Bindung, z. B. von Werkstudenten über die Vergabe von Masterarbeiten oder Auftritte auf Hochschul- und Jobmessen. Immerhin fast 40 Prozent unterstützen Studierende durch Stipendien und finanzieren Lehrstühle.

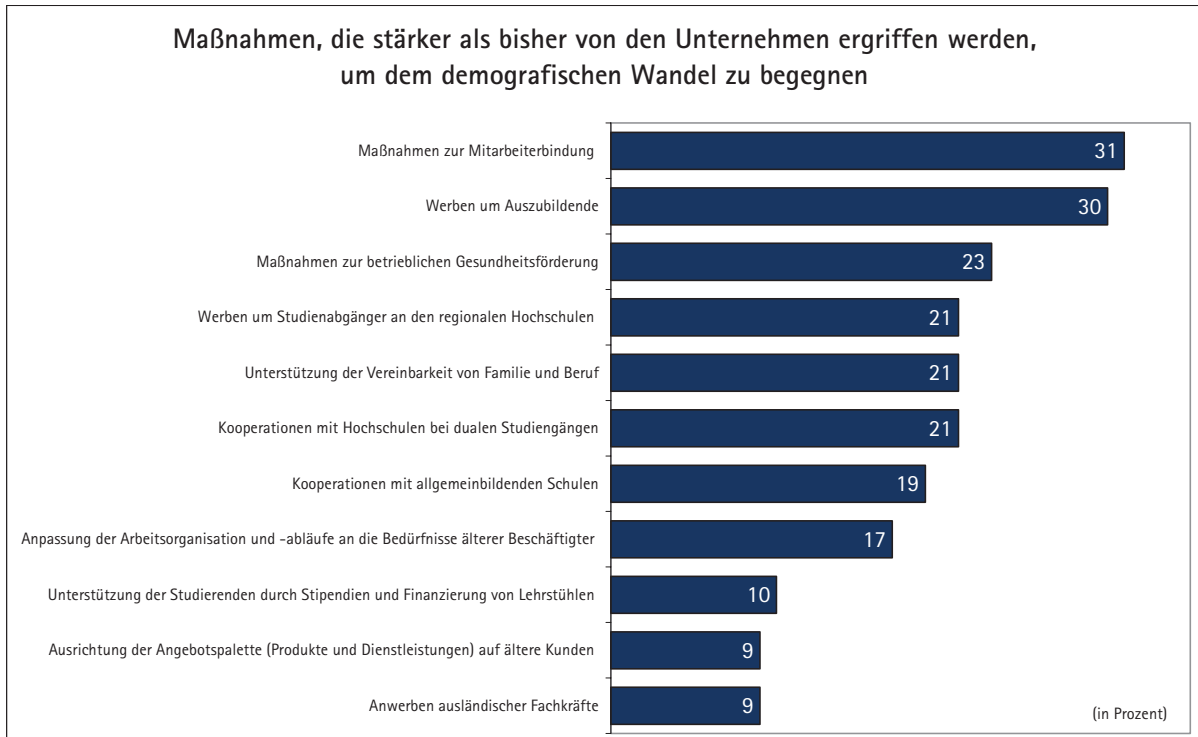
MINT-Absolventen gesucht

Besonders die Kraftfahrzeugbauer suchen den Kontakt zu Hochschulabsolventen. 95 Prozent von ihnen werben um Studienabgänger an den regionalen Hochschulen. Darunter weiten 43 Prozent ihr Engagement weiter aus – die größte Steigerung im Branchenvergleich (Durchschnitt: 21 Prozent). 91 Prozent der Hersteller von Kraftfahrzeugen kooperieren mit Hochschulen bei dualen Studiengängen und jeder dritte von ihnen erhöht so-

gar seine Kooperationsbemühungen. (Branchendurchschnitt: 21 Prozent).

Aber auch die Energieversorger sichern sich ihre Nachwuchskräfte mehr und mehr direkt an den Universitäten: 82 Prozent werben an Hochschulen um Studienabgänger, jedes fünfte Unternehmen von ihnen nutzt diese Möglichkeit noch stärker als zuvor. 86 Prozent kooperieren bei dualen Studiengängen mit den Hochschulen und fast jedes dritte Unternehmen weitet sein Engagement dabei sogar aus.

Unter den Unternehmen aus der Elektrotechnik ergreifen 74 Prozent die Initiative, Hochschulabsolventen für eine Beschäftigung zu gewinnen. Eine Kooperation mit Hochschulen bei dualen Studiengängen ist für 63 Prozent der Unternehmen dieser Branche von hoher Priorität.



Ausländische Fachkräfte Bestandteil

Neben dem Ausschöpfen heimischer Potenziale werben viele Unternehmen auch um Fachkräfte aus dem Ausland (38 Prozent). In der Elektrotechnik versucht immerhin jedes zweite Unternehmen, seinen Bedarf an Fachkräfte zusätzlich durch Zuwanderung zu decken, unter den Chemie- und Pharmaherstellern immerhin 47 Prozent.

Die Zuwanderung als Möglichkeit der Fachkräftesicherung ist bei den Unternehmen präsent, hat aber einen nicht ganz so hohen Stellenwert wie etwa die Aus- und Weiterbildung. Die nach wie vor vergleichsweise strikten Zuwanderungsregelungen für Fachkräfte aus Drittstaaten sowie der hohe bürokratische Aufwand im Arbeitsgenehmigungsverfahren lassen viele Betriebe vor dieser Option zurückschrecken. Unter den kleineren Unternehmen bis 20 Mitarbeiter werben lediglich 24 Prozent aktiv um ausländische Fachkräfte – bei den Unternehmen mit 20 bis 200 Beschäftigten sind es immerhin 32 Prozent.

Erleichterungen in diesem Bereich gehören daher zu einer Strategie zur Fachkräftesicherung, die eine arbeitsmarktorientierte Zuwanderungssteuerung einschließt, um die inländischen Anstrengungen sinnvoll zu ergänzen. Aktuell hat die Bundesregierung dazu einen ersten kleinen Schritt gemacht: Die Zuwanderung für Ingenieure der Fachrichtungen Maschinenbau, Fahrzeugbau und Elektrotechnik wird durch Wegfall der Vorrangprüfung erleichtert.

IV MAßNAHMEN DER UNTERNEHMEN BEI ENERGIE-, KLIMASCHUTZ- UND UMWELTTHEMEN

Verkaufsschlager Ressourceneffizienz

77 Prozent der Industrieunternehmen konzentrieren sich darauf, ressourceneffiziente Produkte herzustellen. Das hilft ihnen, sich mit neuen, verbrauchsarmen Produkten zu etablieren, die von Endverbrauchern und entlang der Lieferkette immer stärker nachgefragt werden. Mit diesen Produkten können die Unternehmen sogar neue Märkte erschließen. Die Hersteller reagieren damit auch auf den steigenden Kostendruck, der auf der Wirtschaft lastet – branchenübergreifend sind die hohen Energie- und Rohstoffpreise mittlerweile Konjunkturrisiko Nr. 1 (56 Prozent).⁹ Jedes vierte Unternehmen setzt noch stärker als bisher auf die Herstellung solcher Produkte. Mindestens jeder dritte Betrieb der Elektrotechnik (34 Prozent) und in der Pharma- und Chemiebranche (38 Prozent) konzentriert sich vermehrt auf die Herstellung ressourceneffizienter Produkte. Noch aktiver sind die Energieversorger (52 Prozent).

Einkauf: Umweltverträglichkeit ein Muss

Bei der Beschaffung achten 76 Prozent der Unternehmen auf umweltverträgliche Vorprodukte. Sie sparen damit nicht nur Kosten, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz, z. B. indem sie bei der Beschaffung den Energieverbrauch während der Nutzungsphase stärker gewichten. Für 14 Prozent der Unternehmen stehen umweltfreundliche und effiziente Vorprodukte (z.B. Materialien aus dem Recycling) noch stärker als bisher auf der Einkaufsliste. Umweltverträgliche Produkte fragen insbesondere Energieversorger (38 Prozent), Papierhersteller (36 Prozent) sowie Betriebe im Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe (27 Prozent) stärker nach.

Preisüberwälzungen unvermeidlich

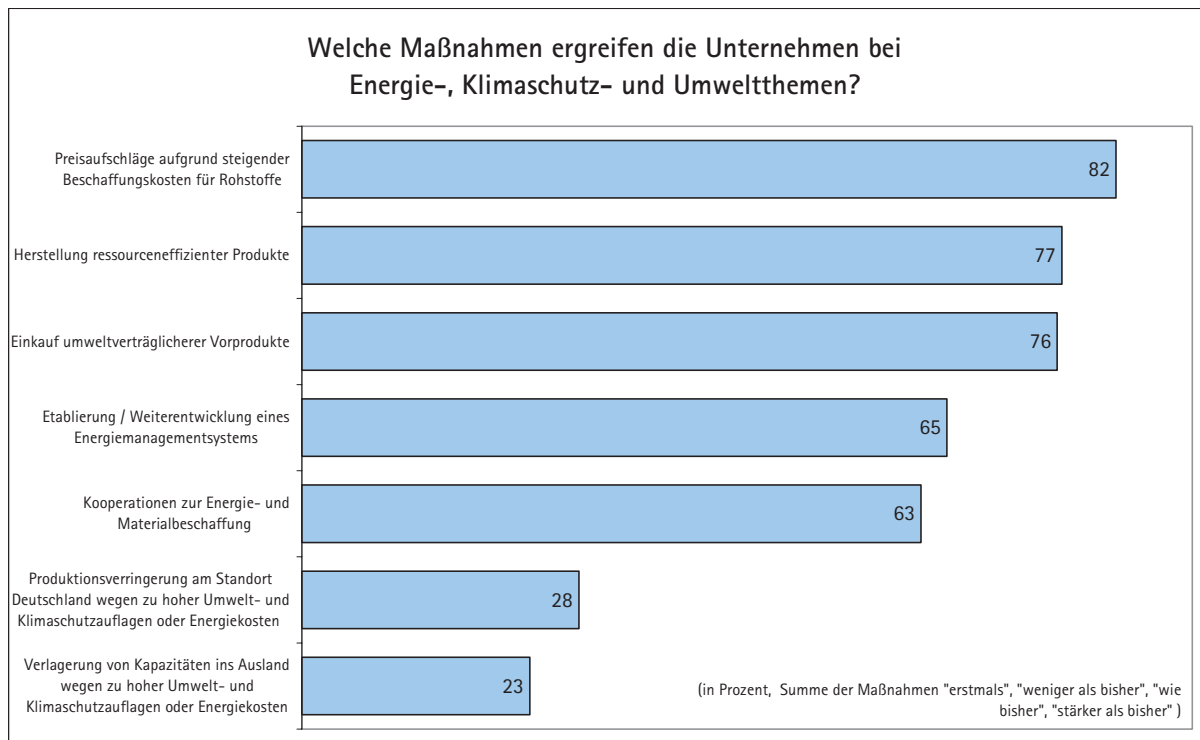
Steigende Rohstoffpreise stellen die Unternehmen im Netzwerk Industrie vor immer größere Herausforderungen, die sie nur bedingt schultern können. Viele Unternehmen wälzen zumindest einen Großteil der Preiserhöhungen über. Immerhin 82 Prozent der Unternehmen geben ihre gestiegenen Beschaffungskosten für Rohstoffe weiter. Besonders Unternehmen im Papiergewerbe (74 Prozent), in der Gummi- und Kunststoffindustrie (71 Prozent) und im Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe (61 Prozent) sehen sich zu Preiserhöhungen infolge steigender Rohstoffpreise gezwungen. Kleinere Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern erhöhen die Preise relativ selten (68 Prozent).

Kostenbremse: Energiemanagementsysteme

Die Einführung, Etablierung und Weiterentwicklung eines betrieblichen Energiemanagementsystems ist für immerhin 65 Prozent der Unternehmen im Netzwerk Industrie eine wesentliche Maßnahme zur Optimierung ihres Ressourcenmanagements. Fast ein Viertel der Unternehmen (24 Prozent) setzt sich mit solchen Systemen noch intensiver auseinander als zuvor.

Besonders weit verbreitet sind Energiemanagementsysteme in den energieintensiven Branchen Papiergewerbe (95 Prozent), Ernährungsgewerbe (88 Prozent), bei den Energieversorger (86 Prozent) und in der Chemie- und Pharmabranche (84 Prozent). Aufbauend auf einer systematischen Analyse, wie viel Energie an welchen Stellen des Unternehmens verbraucht wird und welche Potenziale zur Einsparung bestehen, setzen die Unternehmen im Rahmen eines Energiemanagementsystems Programme zur Beseitigung der größten Schwachstellen um und erzielen so zum Teil erhebliche Kostensenkungen.

⁹ Vgl. DIHK-Umfrage „Wirtschaftslage und Erwartungen“ Frühsommer 2011



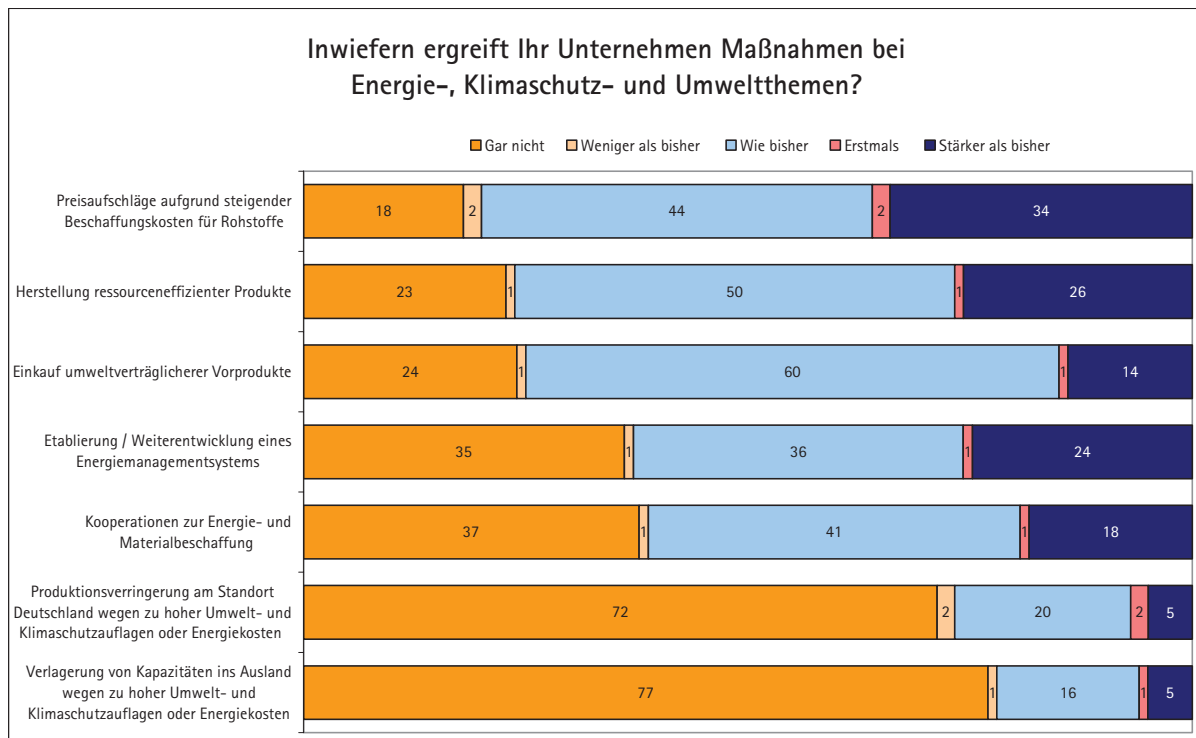
Energiemanagementsysteme sind besonders für große Unternehmen von Interesse. Sie können dieses Thema mit entsprechenden Personalkapazitäten leichter angehen und umsetzen. Nahezu alle großen Unternehmen (500 bis 1.000 Mitarbeiter: 93 Prozent; ab 1.000 Mitarbeiter: 95 Prozent) sind auf diesem Feld aktiv. Bei den größeren Mittelständlern (200 bis 500 Mitarbeiter) sind es 82 Prozent, bei Unternehmen bis 200 Mitarbeiter beschäftigen sich 63 Prozent damit. Bei den kleineren Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern kümmern sich 40 Prozent um ein Energiemanagementsystem. Gerade bei den kleineren Unternehmen besteht sehr oft Informationsbedarf, wie solche Systeme funktionieren. Die mitunter recht komplexe Bürokratie eines Energiemanagementsystems kann manch kleineres Unternehmen abschrecken, ein solches System einzuführen. Die IHK-Organisation mit ihrer „Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation“ setzt bei der Aufschlüsselung zu diesem Thema wichtige Akzente und gibt den Unternehmen „Hilfe zu Selbsthilfe“. Angesichts der Verbreitung von Energiemanagementsystemen kann auf zusätzliche Vorschriften zur Energieeinsparung in der Industrie weitgehend verzichtet werden. So würde eine pau-

schale gesetzliche Verpflichtung für Unternehmen zur Einführung eines Energiemanagementsystems bei der Umsetzung besonders die KMUs gegenüber Großunternehmen belasten, die sich zur Vermeidung einer Überbürokratisierung der betrieblichen Abläufe gegen die Einführung entschieden haben.

Kooperation bei Beschaffung

Einkaufskooperation bei der Energie- und Rohstoffbeschaffung gehen 63 Prozent der Unternehmen ein. Sie können einen Beitrag leisten, den Energie- und Materialbedarf zu kalkulierbaren Preisen zu sichern, indem Unternehmen beispielsweise auf horizontaler Ebene in Form von Einkaufsgemeinschaften kooperieren. Darüber hinaus können mehrere Unternehmen gemeinsam mit Lieferanten zusammenarbeiten, die Strom, Wärme oder Dampf bereitstellen oder vermitteln.

Überdurchschnittlich viele Unternehmen aus der Chemie- und Pharmabranche (83 Prozent), dem Ernährungsgewerbe (82 Prozent), in der Energiewirtschaft (82 Prozent) und im Kraftfahrzeugbau (81 Prozent) gehen Kooperationen zur Energie- und Materialbeschaffung ein.



Besonders für die großen Unternehmen sind solche Kooperationen eine wichtige Maßnahme zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Für 91 Prozent der Betriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten und 84 Prozent bei denen mit 500 bis 1.000 Beschäftigten spielen Kooperationen zur Beschaffung eine besondere Rolle. Bei den großen Mittelständlern (200 bis 500 Mitarbeiter) sind es immerhin 73 Prozent, die ihren Bedarf durch Kooperationen decken wollen. Bei den Unternehmen mit 20 bis 200 Beschäftigten engagieren sich 61 Prozent bei den kleineren Unternehmen bis 20 Mitarbeiter sogar nur 42 Prozent in Kooperationen.

Produktionsverringerung und -verlagerung drohen

Mit international nicht abgestimmten Energie- und Klimazielen der Politik geht das Risiko einher, dass Unternehmen ihre Produktion am Standort drosseln. Nationale Alleingänge treffen speziell die heimische Wirtschaft, während steigende Weltmarktpreise auch ausländische Mitbewerber belasten. Besorgniserregend ist daher, dass 52 Prozent der großen Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeiter bereits Maßnahmen zur Produk-

tionsverringerung wegen zu hohen Umwelt- und Klimaschutzauflagen oder Energiekosten ergreifen (insgesamt: 28 Prozent). Bei den großen Mittelständlern (500 bis 1.000 Mitarbeiter) sind es immerhin 44 Prozent, die ihre Produktion herunterfahren, 14 Prozent sogar stärker als bisher (insgesamt: fünf Prozent).

Die Unternehmen erwägen auch die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland wegen zu hoher Umwelt- und Klimaschutzauflagen oder Energiekosten (23 Prozent; davon fünf Prozentpunkte stärker als bisher). Sogar jedes zweite Großunternehmen (ab 1.000 Mitarbeiter) plant solche Maßnahmen. Beim großen Mittelstand (500 bis 1.000 Beschäftigte) sind es immerhin 39 Prozent.

Gerade die im Branchenvergleich besonders energieintensiven Branchen fassen eine Drosselung ihrer Produktion und die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland stärker ins Auge. 47 Prozent der Chemie- und Pharmaunternehmen und 43 Prozent der Kraftfahrzeugbauer (Sonstiger Fahrzeugbau: 47 Prozent) ergreifen Maßnahmen zur Produktionsverringerung. Kapazitätsverlagerungen spielen für 42 Prozent der Chemie- und Pharmabetriebe



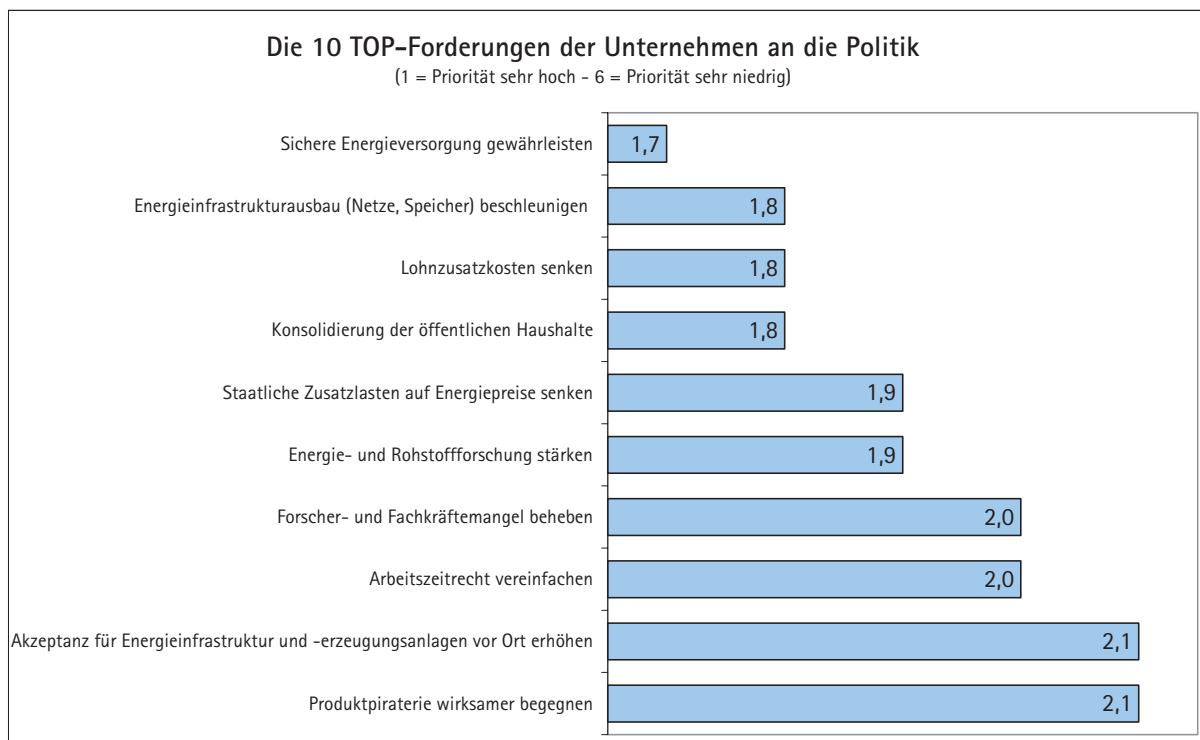
und 38 Prozent der Kraftfahrzeugbauer (Sonstiger Fahrzeugbau: 33 Prozent) eine wichtige Rolle. Beide Wirtschaftszweige tragen erheblich zur Bruttowertschöpfung in Deutschland bei: 2008 erwirtschafteten die Chemische und Pharmazeutische Industrie 2,4 Prozent der Bruttowertschöpfung und der Fahrzeugbau 4,0 Prozent.

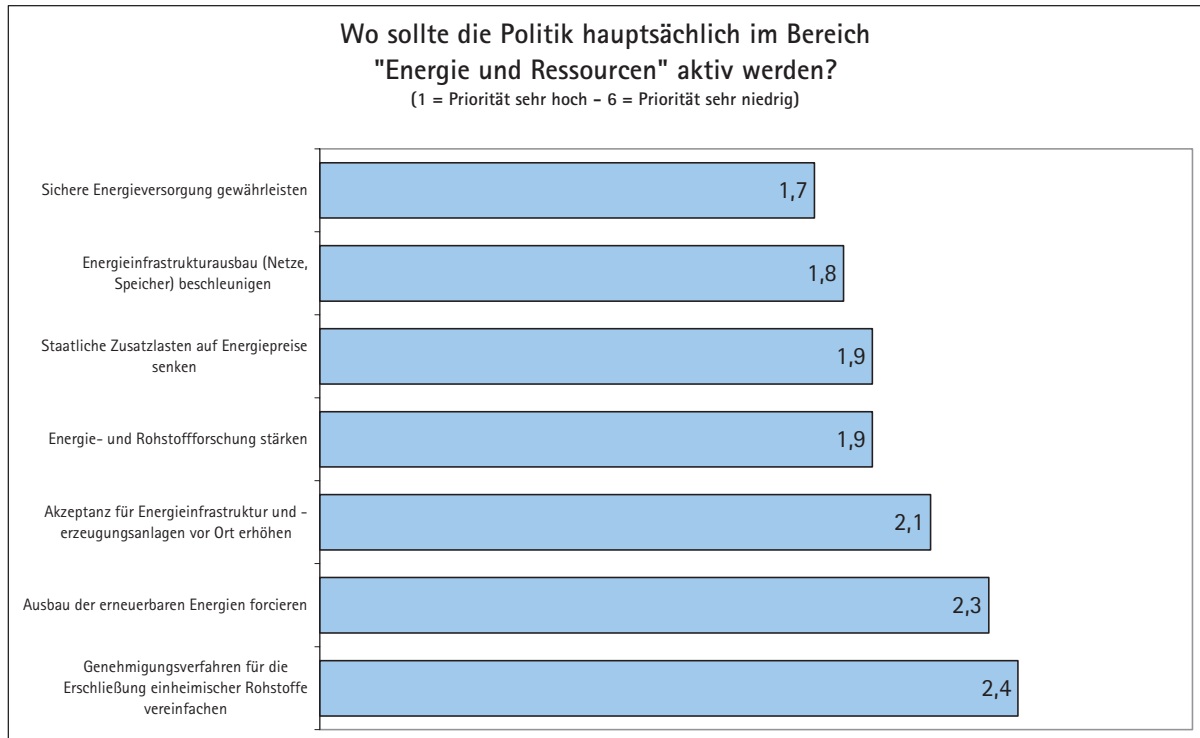
V HANDLUNGSBEDARF FÜR DIE POLITIK

10 Top-Prioritäten: Energie höchste Priorität

Das Thema Energieversorgung erfährt bei den Unternehmen höchste Priorität – auch unter dem Eindruck des Reaktorunfalls in Fukushima und des Moratoriums der Laufzeitverlängerung der deutschen Kraftwerke. Unter den zehn meistgenannten der 35 Forderungen der Unternehmen an die Politik fallen allein fünf in den Bereich „Energie und Ressourcen“. Dazu zählen allen voran die Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung, die dazugehörige Infrastruktur und wettbewerbsfähige Energie- und Strompreise.

Einen bemerkenswert hohen Stellenwert hat aus Unternehmenssicht ebenfalls das Thema „Arbeitsmarkt und Fachkräfte“. Dabei nehmen die Forderungen nach weniger hohen Lohnzusatzkosten, einer Linderung des Fachkräftemangels und einem vereinfachten Arbeitsrecht einen hohen Stellenwert ein. Zudem messen die Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und einem besseren Schutz gegen Produktpiraterie einen besonders hohen Stellenwert bei.





Sichere Energieversorgung unabdingbar ...

Mit der Bewertung von 1,7 geben die Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie einer sicheren Energieversorgung Vorrang. Für 86 Prozent der Unternehmen ist eine verlässliche und berechenbare Energiepolitik von hoher Priorität (Priorität 1: 50 Prozent, Priorität 2: 36 Prozent).

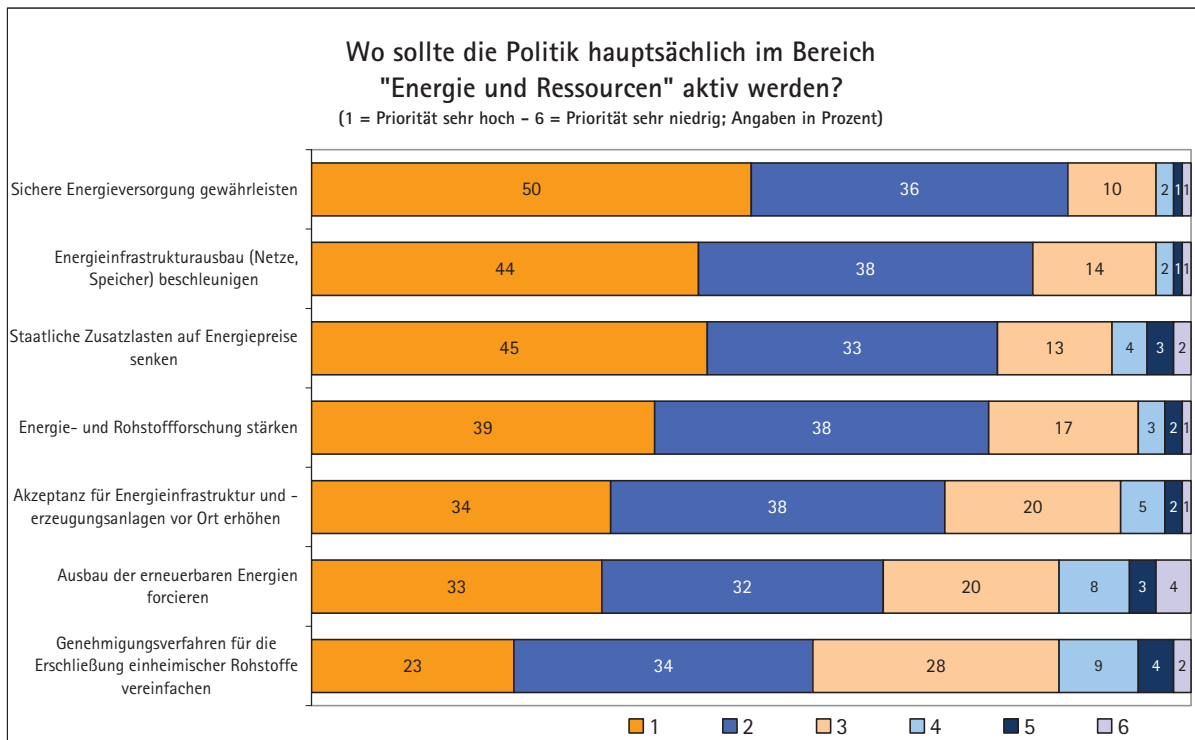
Gerade die vergleichsweise energieintensiven Branchen geben der sicheren Energieversorgung die höchste Priorität. Gerade dem Papiergewerbe (1,3), der „Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau“ sowie der Chemie- und Pharmaindustrie (jeweils 1,5) ist eine sichere Energieversorgung ausgesprochen wichtig.

Der weitreichende Umbau der Energieversorgung birgt Risiken für die Stabilität der Stromversorgung und für die Entwicklung der Strompreise – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Das trägt zur Verunsicherung der Unternehmen bei, wie und zu welchen Preisen eine sichere Energieversorgung möglich ist. Eine EU-weit abgestimmte Lösung für eine gemeinsame Energiepolitik könnte helfen, die Stromversorgung mit Rück-

sicht auf die Nachbarländer zu gewährleisten. Bei der Sicherheit der Kernkraftwerke sollte auf international einheitliche Standards gesetzt werden. Denn in den meisten Nachbarstaaten Deutschlands bleiben Kernkraftwerke noch längere Zeit am Netz und stellen einen Baustein für die Entwicklung einer klimafreundlichen Stromversorgung dar.

... mit der dazugehörigen Infrastruktur ...

Der Netz- und Speicherausbau nimmt bei den Unternehmen ebenfalls einen hohen Stellenwert ein (1,8). Acht von zehn Unternehmen sehen hier einen besonders hohen Handlungsbedarf seitens der Politik (Priorität 1: 44 Prozent, Priorität 2: 38 Prozent). Vor allem stehen der Bau einiger Tausend Kilometer neuer Übertragungsleitungen sowie eine umfassende Modernisierung der Verteilnetze an, um die weit auseinander liegenden Zentren der künftigen Stromerzeugung mit denen des Stromverbrauchs zu verbinden. Angesichts der Erfahrungen mit solchen Projekten ist es sehr ehrgeizig, wenn die Bundesregierung für diese Ausbauprojekte deutlich weniger als zehn Jahren einkalkuliert. Für die nötigen Investitionstätigkeiten der Unternehmen bedarf es beschleunigter Planungs- und



Genehmigungsverfahren sowie einer höheren Akzeptanz für Energieinfrastrukturmaßnahmen. Die Industrieunternehmen sehen es als besonders dringlich an, dass die Politik zu einer höheren Akzeptanz für Energieinfrastruktur und -erzeugungsanlagen vor Ort beiträgt (2,1). Für die Energieerzeuger nimmt dies sogar unter allen Maßnahmen den höchsten Stellenwert ein. 93 Prozent der Unternehmen sehen hier einen dringenden Handlungsbedarf seitens der Politik (Priorität 1: 69 Prozent, Priorität 2: 24 Prozent). Politische Entscheidungsträger müssen zusammen mit der Wirtschaft Informationsbarrieren abbauen und so für die Akzeptanz von neuen Anlagen bei den Bürgern vor Ort werben. Gerade für die großen Unternehmen ab 1.000 Mitarbeiter ist dies von besonderer Relevanz (Note 1,8). Sie stemmen häufig größere Projekte, die auf lokale Widerstände stoßen.

... zu wettbewerbsfähigen Preisen

Hohe Energiekosten durch steigende Weltmarktpreise sind für die Unternehmen noch eher zu verkraften, da auch internationale Wettbewerber betroffen sind, zumal diese vielfach weniger effizient produzieren. Hingegen belasten nationale Sonder-

lasten wie Einspeisevergütungen, Stromsteuer, Kraft-Wärme-Kopplungs-Abgabe die Unternehmen im internationalen Wettbewerb einseitig. Die Senkung der staatlichen Zusatzlasten nimmt für sie einen hohen Stellenwert ein (1,9). Für die Gummi- und Kunststoffindustrie sowie die Metallhersteller und -bearbeiter haben wettbewerbsfähige Preise die höchste Priorität unter allen Maßnahmen (jeweils Note 1,5).

Bezahlbare Strompreise sind für die gesamte Wirtschaft im internationalen Wettbewerb unverzichtbar. Die gesetzlichen Abgaben müssen auf den Prüfstand. Dabei sollten die staatlich festgesetzten Preise für die Einspeisung von Strom kontinuierlich auf ihre Berechtigung überprüft und möglichst bald durch die Preisbildung im Markt ersetzt werden. Die Politik sollte die Energiewende dazu nutzen, den umweltpolitischen Instrumentenkasten aufzuräumen. Denn mit den bisherigen, zum Teil gegenläufigen Maßnahmen wie Regulierungen, Einspeisevergütungen, Stromsteuer und Emissionszertifikatehandel sowie zahlreichen Sondervergünstigungen an fast alle Energieträger kann Klimaschutz nicht kostengünstig erreicht werden. Sie treiben den Strompreis unnötig in die Höhe.

Energie- und Rohstoffforschung zu stärken

In der Intensivierung der Energie- und Rohstoffforschung sehen die Unternehmen ein probates Mittel seitens der Politik, um perspektivisch mit dem Problem steigender Rohstoffpreise umgehen zu können (durchschnittliche Bewertung: 1,9). Maßnahmen wie das neu gegründete Institut für Ressourcentechnologien in Freiberg sind richtig, entfalten ihre positive Wirkung aber erst allmählich. Die Stärkung der Energie- und Rohstoffforschung ist besonders für die industrienahen Dienstleister von hoher Relevanz. Sie geben ihr mit 1,6 die höchste Priorität über alle Maßnahmen hinweg. Zu den industrienahen Dienstleistern gehören auch die FuE-Dienstleister, die in besonderem Maße von einer Ausweitung der Energie- und Rohstoffforschung profitieren würden.

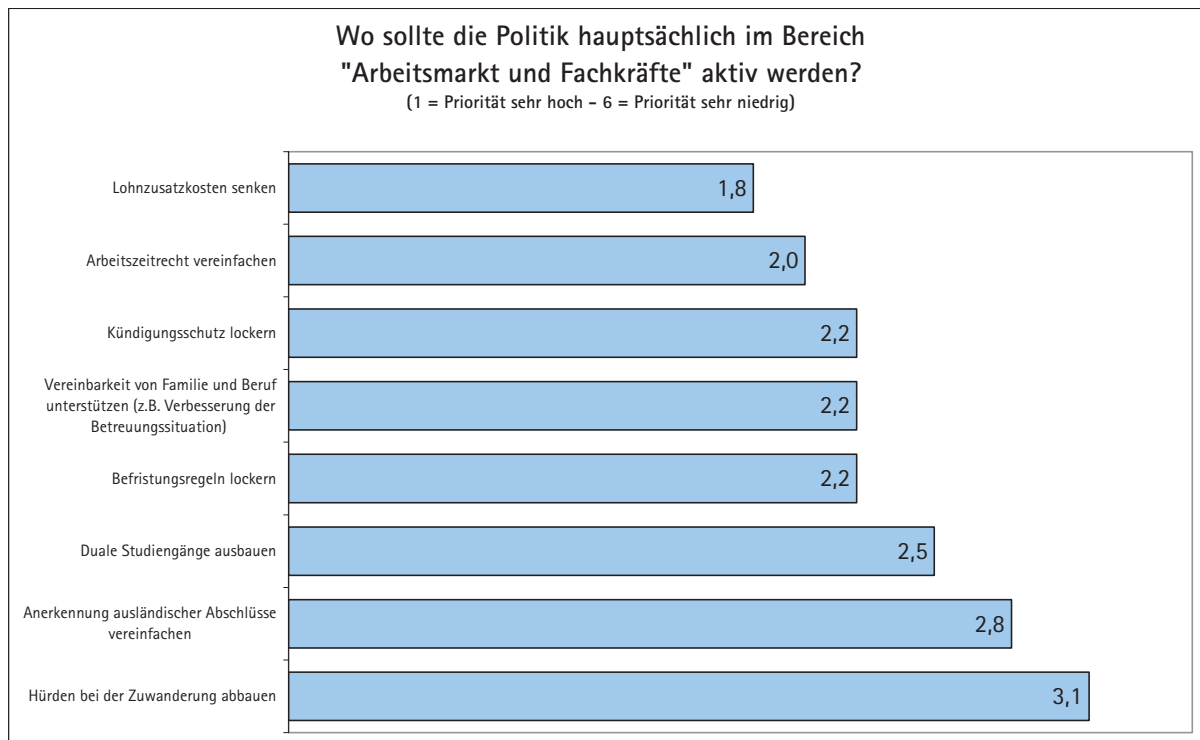
Ausbau erneuerbarer Energien

Der Ausbau erneuerbarer Energien rangiert mit der Bewertung von 2,3 im Mittelfeld der Prioritäten der Unternehmen. Etwas wichtiger ist dies für die Metallerzeuger und -bearbeiter (2,2) sowie die Elektroindustrie (2,2). Ihre Produkte werden u.a. für den Bau von Windrädern oder für Kessel zur Aufbereitung von Biomasse nachgefragt. Im Zuge der Energiewende sind auch die Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor festgelegt worden – bis 2050 soll der Anteil erneuerbarer Energien 80 Prozent betragen.

Rohstoffe sichern durch vereinfachte Genehmigungsverfahren

Die Erschließung heimischer Rohstoffe ist ohne vereinfachte Genehmigungsverfahren kaum möglich. Eine Revision des Naturschutzrechtes könnte zum Beispiel die administrativen Hürden verringern, ohne der Umwelt zu schaden. Für Unternehmen der Branche „Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau“ hat dies naturgemäß eine besondere Bedeutung (1,5). Auch das Holzgewerbe würde von vereinfachten Genehmigungsverfahren zur Er-

schließung heimischer Rohstoffe in besonderem Maße profitieren und gewichtet diese Maßnahme mit 2,0 höher als der Durchschnitt. Andere Branchen sehen sich unmittelbar nicht ganz so stark betroffen – insgesamt bewerten die Industrieunternehmen diese Maßnahme mit einer 2,4.



Arbeitsmarkt: Lohnzusatzkosten senken, Arbeitszeitrecht vereinfachen

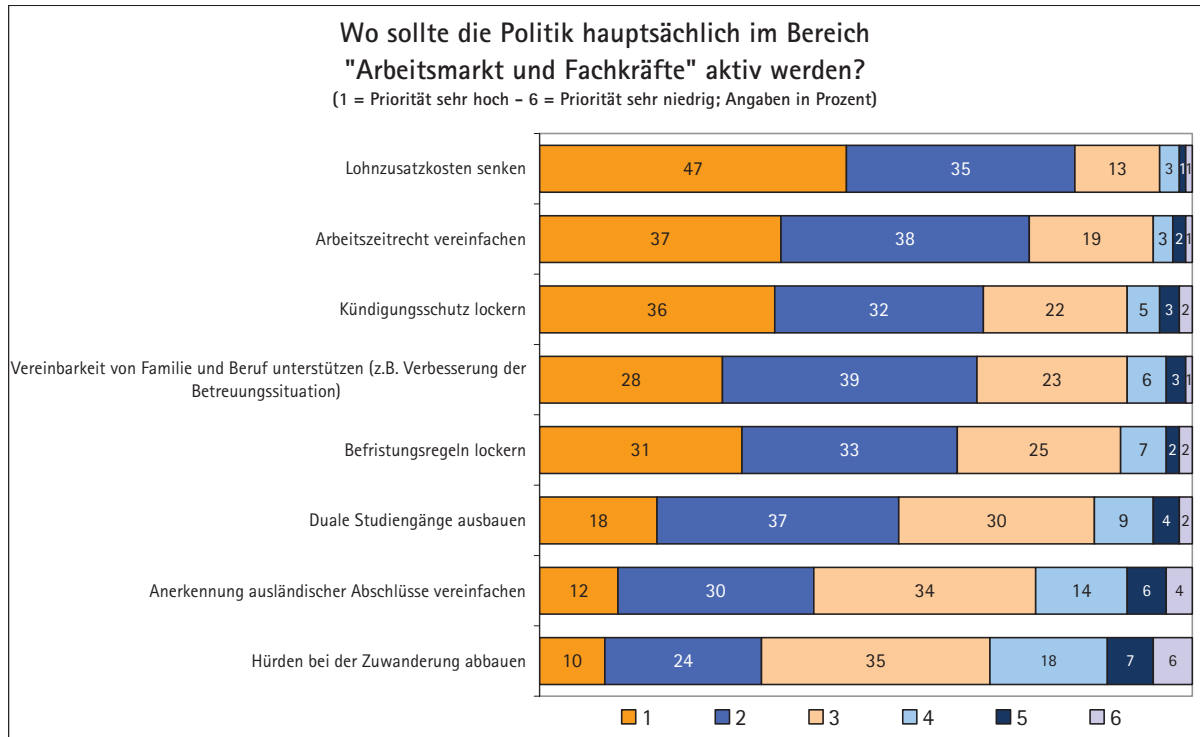
Die Senkung der Lohnzusatzkosten hat für die Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie die zweithöchste Priorität (1,8). Im Branchenvergleich messen die Hersteller von Metallerzeugnissen (1,5), die Elektrotechnik (1,7) und der Maschinenbau (1,8) geringeren Lohnzusatzkosten eine besonders hohe Bedeutung zu. In diesen drei Branchen zusammen arbeiten fast zehn Prozent aller Beschäftigten. Die moderate Lohnpolitik der letzten Jahre hat zwar einen wichtigen Beitrag zur erfreulichen Arbeitsmarktentwicklung geleistet. Gleichwohl bestehen insbesondere bei den Sozialversicherungen weitere Ansatzpunkte für Verbesserungen: Der Übergang auf pauschale, lohnunabhängige Prämien könnte den hohen Belastungen bei den Arbeitskosten sowohl in der Kranken- als auch in der Pflegeversicherung entgegenwirken. Kapitaldeckungselemente sind erforderlich, um den Druck durch die demografische Entwicklung zu reduzieren.

Die Vereinfachung des Arbeitszeitrechts stufen die Unternehmen durchschnittlich mit der Priorität 2,0 ein. Unübersichtliche Bestimmungen in Arbeits-

zeitgesetzen, Ausnahmen und Sonderregelungen machen den Unternehmen zu schaffen. Eine einfachere Darstellung mit weniger Ausnahmeregelungen ist hier wünschenswert. Gleitzeit-, Jahresarbeitszeit- und Lebensarbeitszeitmodelle sollten nicht weiter unnötig eingeschränkt werden. Dies muss auch auf europäischer Ebene (Arbeitszeitrichtlinie) erfolgen.

Kündigungsschutz und Befristungsregeln wichtig

Die Lockerung des Kündigungsschutzes und der Befristungsregeln nehmen bei den Unternehmen ebenfalls einen wichtigen Stellenwert ein (jeweils 2,2). Die sachgrundlose Befristung ist ein wichtiges Flexibilisierungsinstrument zur bedarfsgerechten Personalplanung für die Betriebe, auf das nicht verzichtet werden sollte. Für viele Beschäftigte ist die Befristung der erste Einstieg in den Arbeitsmarkt, häufig nach Arbeitslosigkeit. Das bietet eine Chance auf Arbeit, die es sonst oftmals nicht gäbe. Unklare Regelungen wie z. B. die des Vorbeschäftigungsverbots bei der sachgrundlosen Befristung sollten rechtssicher gefasst werden.



Betreuung erleichtert Vereinbarkeit

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hilft, Beschäftigungspotenziale zu heben und Mitarbeiter zu binden. Ergänzend zu den zahlreichen Anstrengungen der Betriebe selbst (Vgl. Maßnahmen der Unternehmen zur Begegnung des demografischen Wandels) benötigen sie weitere flankierende Maßnahmen seitens der Politik (2,2). Nötig ist vor allem eine bedarfsgerechte Kinderbetreuungsinfrastruktur, die sich mit flexiblen Angeboten an den Arbeitszeiten der Eltern orientiert. Das gilt auch für Wochenenden und Ferien. Andernfalls laufen Angebote der Betriebe für ihre Mitarbeiter – etwa flexible Arbeitszeiten oder Belegplätze in Kitas – ins Leere. Zudem ist eine funktionierende, flächendeckende Ganztagsbetreuung notwendig, damit mehr Eltern am Wirtschaftsleben teilnehmen können.

Duale Studiengänge vielversprechend

Den Ausbau dualer Studiengänge stufen die Unternehmen mit 2,5 als wichtige Maßnahmen ein. Mehr berufsbegleitende und duale Studiengänge sind der richtige Weg, um die beruflichen Qualifi-

kationen zu steigern und die Absolventen auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes besser vorzubereiten.

Potenziale nutzen: ausländische Abschlüsse schneller anerkennen ...

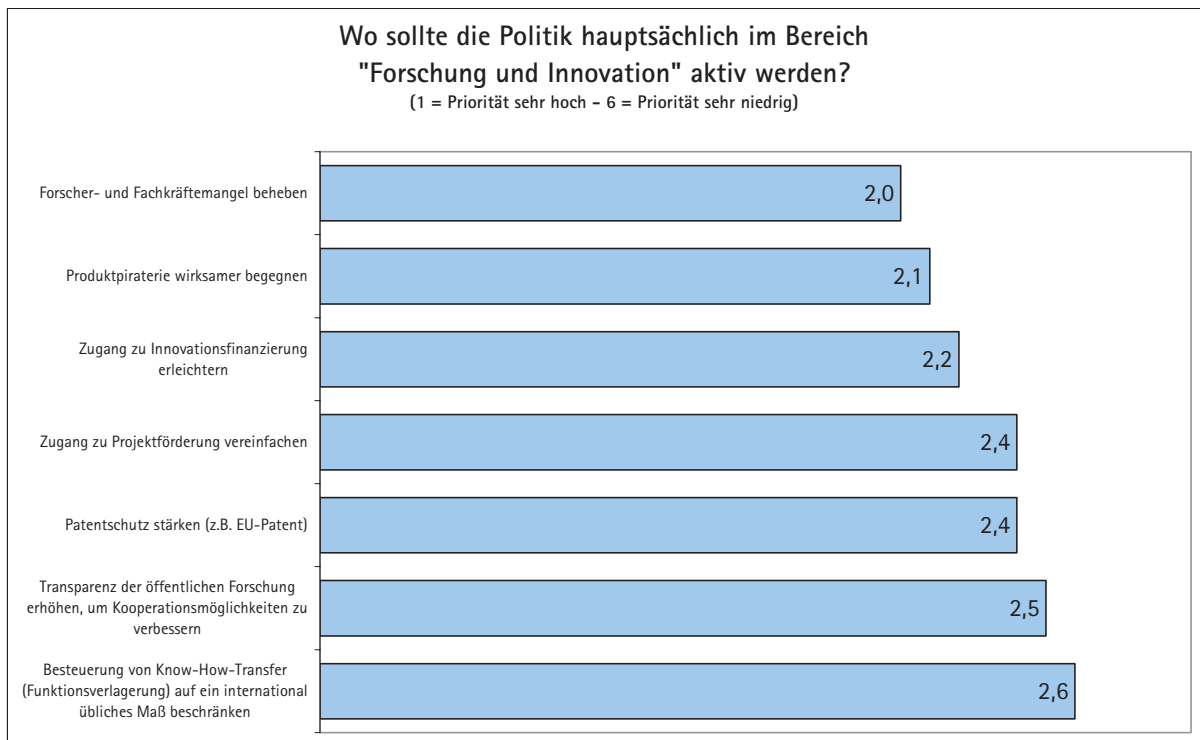
Ein transparentes und zügiges Verfahren zur Anerkennung im Ausland erworbener beruflicher Bildungsabschlüsse sollte rasch etabliert werden (Bewertung: 2,8). Vier von zehn Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie sehen dies als besonders dringend an (Priorität 1: zwölf Prozent, Priorität 2: 30 Prozent). Im Zuge einer verbesserten Anerkennung wird das Kompetenzprofil von Personen mit ausländischen Bildungsabschlüssen transparenter, was den Unternehmen die Einstellung erleichtert. Das Verfahren der Anerkennung sollte sich dabei an den Standards der Aus- und Weiterbildung in Deutschland orientieren

... und Hürden der Zuwanderung senken

Auch der Zuzug von Hochqualifizierten ist ein wichtiges Mittel gegen den Fachkräftemangel. Die hierfür nötigen Erleichterungen bei der Zuwanderung bewerten die Unternehmen durchschnittlich mit der Priorität 3,1. Die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte muss Bestandteil eines Gesamtkonzeptes zur Fachkräftesicherung sein. Bisher hat es die Politik versäumt, die Zuwanderung konkret anzupacken und ausreichend für den Standort Deutschland zu werben. Kurzfristig sollte daher die Bruttoeinkommensgrenze zur Niederlassung Hochqualifizierter auf 40.000 Euro p.a. abgesenkt werden. Ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen muss der Arbeitsmarktzugang ebenfalls weiter erleichtert werden. Mittelfristig sollte eine gezielte und flexible Zuwanderungssteuerung über ein Punktesystem etabliert werden, das Kriterien wie Qualifikation, Berufserfahrung und Sprachkenntnisse erfasst.

Insbesondere die Großunternehmen (über 1.000 Mitarbeiter) sehen den Abbau der Zuwanderungshürden und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse als besonders wichtig an, um ihren Bedarf an ausländischen Fachkräften zu sichern (Bewertung: 2,8 bzw. 2,6). Auch die großen mittelständischen Unternehmen (500 bis 1.000 Beschäftigte) geben dem Abbau der Zuwanderungshürden und der vereinfachten Anerkennung ausländischer Abschlüsse eine überdurchschnittliche hohe Priorität (3,0 bzw. 2,7).

Auch die industrienahen Dienstleister erachten es als überdurchschnittlich wichtig, den heimischen Arbeitsmarkt für ausländische Fachkräfte zu öffnen. Die Forderung nach einem Abbau der Zuwanderungshürden erhält von ihnen eine 2,9, die verbesserte Anerkennung sogar eine 2,5 – im Branchenvergleich die höchste Bewertung.



Forscher und Fachkräfte für mehr Innovation

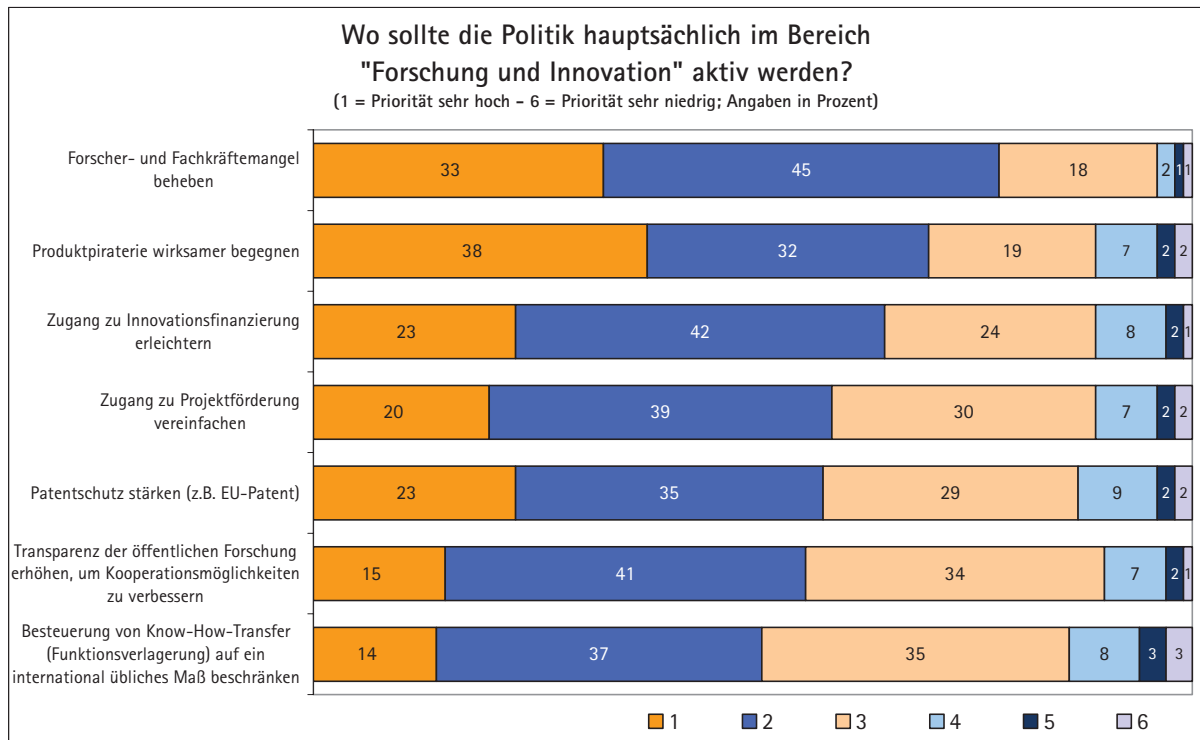
Eine TOP-Priorität für die Unternehmen ist auch die Behebung des Forscher- und Fachkräftemangels (2,0). Immer mehr Betriebe haben Schwierigkeiten, geeignete Forscher, Ingenieure oder Techniker zu rekrutieren. Besonders den größeren Unternehmen ist die Forscher- und Fachkräftesicherung ein bedeutendes Anliegen. Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern bewerten diese Maßnahme mit einer 1,8. Unternehmen mit 500 bis 1000 Beschäftigten mit 1,9. Nach DIHK-Berechnungen fehlen hierzulande allein im Bereich FuE schon jetzt rund 30.000 Forscher und Fachkräfte. Dadurch unterbleiben geschätzte vier Mrd. Euro an Innovationsausgaben.

Gravierend ist dieses Thema besonders für Unternehmen des Kraftfahrzeugbaus (Bewertung: 1,7) sowie Hersteller von Metallerzeugnissen und industriennahe Dienstleistern (Bewertung jeweils 1,8). Sie suchen nicht nur zusätzliches Personal, das die Auftragsbücher abarbeiten kann, sondern das auch neue Produkte und Verfahren entwickelt. Ein Gesamtkonzept seitens der Politik sollte beinhalten, hiesige Potenziale auszuschöpfen und die Zuwan-

derung qualifizierter Forscher aus dem Ausland zu erleichtern. Außerdem sollten sich Politik und Wirtschaft stärker für die Rückkehr von im Ausland tätigen deutschen hochqualifizierten Fachkräften und Wissenschaftlern einsetzen.

Produktpiraterie begegnen, Patentschutz stärken

Der Schutz des geistigen Eigentums steht für die Unternehmen im Netzwerk Industrie ebenfalls auf der Liste ihrer zehn TOP-Prioritäten (Bewertung insgesamt: 2,1). Die Hersteller von Metallerzeugnissen schreiben der Durchsetzung des Markenschutzes eine besonders hohe Priorität zu (1,9). In einer stärker verflochtenen Geschäftswelt wird die Verteidigung geistigen Eigentums immer schwieriger. Ist eine effektive Verfolgung von Verletzungen nicht möglich, schadet dies der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Denn wichtige Innovationen würden hierzulande unterbleiben, wenn die Unternehmen um die Früchte ihrer Innovationsanstrengungen gebracht werden. Zudem sind Arbeitsplätze bei den Herstellern der Originalprodukte gefährdet. Aus Sicht des DIHK kann eine bessere Zusammenarbeit von Polizei, Zoll und Gewerbeauf-



sicht sicherstellen, dass Marken- und Produktpiraterie wirksamer bekämpft wird. Gleichzeitig obliegt es Politik und Wirtschaft, Verbraucher und Unternehmen für die Schäden durch Plagiate zu sensibilisieren.

Zum Schutz des geistigen Eigentums gehört auch eine Stärkung des Patentschutzes, die 58 Prozent der Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie für besonders wichtig halten (Priorität 1: 23 Prozent, Priorität 2: 35 Prozent). Insgesamt erhält ein besserer Patentschutz eine Prioritätsbewertung von 2,4. Die Chemie- und Pharmahersteller als besonders forschungsstarke Industrie messen ihm eine noch höhere Bedeutung zu (2,1).

Zum Schutz des geistigen Eigentums gehört auch eine Stärkung des Patentschutzes, die 58 Prozent der Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie für besonders gut heißen (Priorität 1: 23 Prozent, Priorität 2: 35 Prozent). Insgesamt erhält ein besserer Patentschutz eine Bewertung von 2,4. Die Chemie- und Pharmahersteller als besonders forschungsstarke Industrie messen ihm eine noch höhere Bedeutung zu (2,1).

Auf europäischer Ebene ist der grenzüberschreitende Patentschutz in 25 EU-Mitgliedstaaten durch die von der EU-Kommission im April 2011 vorgeschlagenen Verordnungen mittlerweile in Reichweite. Ein gemeinsames EU-Patent verbessert nicht nur die Rechtssicherheit, sondern reduziert auch die Kosten einer EU-weiten Patentanmeldung erheblich. Gerade für KMU wäre damit eine große finanzielle Hürde genommen, eine europaweite Schutzrechtsanmeldung vorzunehmen.

KMU: Engpass Innovationsfinanzierung...

Den erleichterten Zugang zur Innovationsfinanzierung – z. B. durch vereinfachte Antrags- und Abwicklungsverfahren bei öffentlichen FuE-Förderprogrammen – bewerten die Unternehmen mit 2,2. Insbesondere kleinere Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern sehen hier einen erhöhten Handlungsbedarf der Politik und bewerten dieses Feld mit einer 2,1. Sie verfügen vielfach über eine geringere Eigenkapitaldecke, wodurch die Finanzierung von Innovationen mit Eigenmitteln schwierig ist. Die IHKs tragen mit ihrer Innovations- und Technologieberatung dem Informationsbedarf der Unternehmen Rechnung. Mehr als jedes fünfte der

jährlich 9.500 IHK-Innovationsberatungsgespräche (27 Prozent) dreht sich um das Thema Finanzierung von Innovationsvorhaben.¹⁰

Projektförderung erleichtern

Dem vereinfachten Zugang zur Projektförderung wird ein besonderer Stellenwert eingeräumt (2,4). Hierzu zählen z. B. die Vereinfachung von Antrags-, Durchführungs- und Abrechnungsverfahren. Die kleineren Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten schätzen auch hier den Handlungsbedarf besonders dringlich ein (2,2). Auch die industrienahe Dienstleister und die Energieversorger sprechen sich überdurchschnittlich oft für eine erleichterte Projektförderung aus (jeweils 2,2).

Öffentliche Förderung zu intransparent

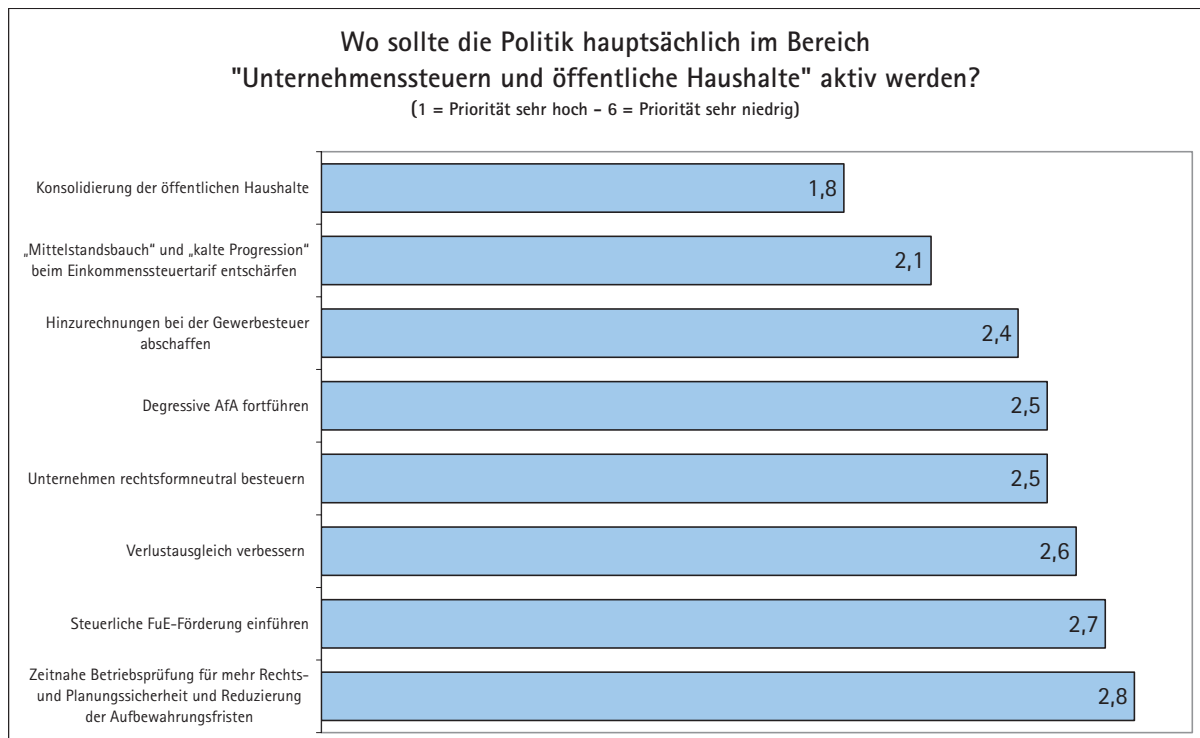
Mehr Transparenz wünschen sich die Unternehmen bei der öffentlichen Forschung (Bewertung: 2,5). 55 Prozent aus dem Netzwerk Industrie sehen einen besonders hohen Handlungsbedarf (Priorität 1: 15 Prozent, Priorität 2: 41 Prozent). Die kleineren Unternehmen (bis 20 Beschäftigte) weisen einer höheren Transparenz eine überdurchschnittlich hohe Priorität zu (2,3). Ihnen fehlt es an Informationen über Inhalte, Ergebnisse und Ansprechpartner in der öffentlichen Forschung. Ein Überblick-/Suchportal zu FuE- und Transferkompetenzen von Forschungseinrichtungen könnte Kooperationen zwischen Unternehmen und der öffentlichen Forschung erleichtern.

Besteuerung von Know-How-Transfer belastet Unternehmen

Mit der deutschen Besteuerung von Funktionsverlagerungen wird die Nutzung von Wissen erheblich verteuert. Wer eine gute Idee in Deutschland entwickelt und sie produktiv im Ausland umsetzt, muss dafür im Inland Steuern zahlen. Die Be-

schränkung der Besteuerung des Know-How Transfers auf ein international übliches Maß bewerten die Unternehmen durchschnittlich mit 2,6. Größere Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiter schätzen den Handlungsbedarf etwas höher ein (2,4) – sie sind in besonderem Maße grenzüberschreitend aktiv. Ein international abgestimmtes Vorgehen wäre ein wichtiger Schritt, um die Gefahr der Doppelbesteuerung zu vermeiden.

¹⁰ Vgl. DIHK-Innovationsreport 2010 "Innovationsdynamik deutscher Unternehmen wächst – Forscher und Fachkräfte dringend gesucht!", Berlin, 2010.



Konsolidierungskurs halten

Eine der zehn TOP-Forderungen der Unternehmen ist auch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte (Bewertung: 1,8). Die Mehreinnahmen im Zuge der wirtschaftlichen Erholung helfen, den Konsolidierungskurs weiter zu verfolgen – auch die im Grundgesetz festgelegte Schuldenbremse gibt diesen Weg vor. Durch Wirtschaftswachstum und einer Überprüfung sämtlicher Ausgaben können die öffentlichen Haushalte saniert werden.

Belastungen mittlerer Einkommen lindern

Derzeit wird jede Einkommenssteigerung im unteren und mittleren Bereich überproportional belastet („Mittelstandsbauch“), außerdem Lohnerhöhungen mit höheren Steuern belastet, selbst wenn sie lediglich Preissteigerungen ausgleichen („kalte Progression“). Beides ist leistungsfeindlich und erschwert zudem bei vielen Unternehmen den Aufbau von Eigenkapital. Die Entschärfung der „Mittelstandsbauchs“ sowie der „kalten Progression“ beim Einkommenssteuertarif stehen daher eben-

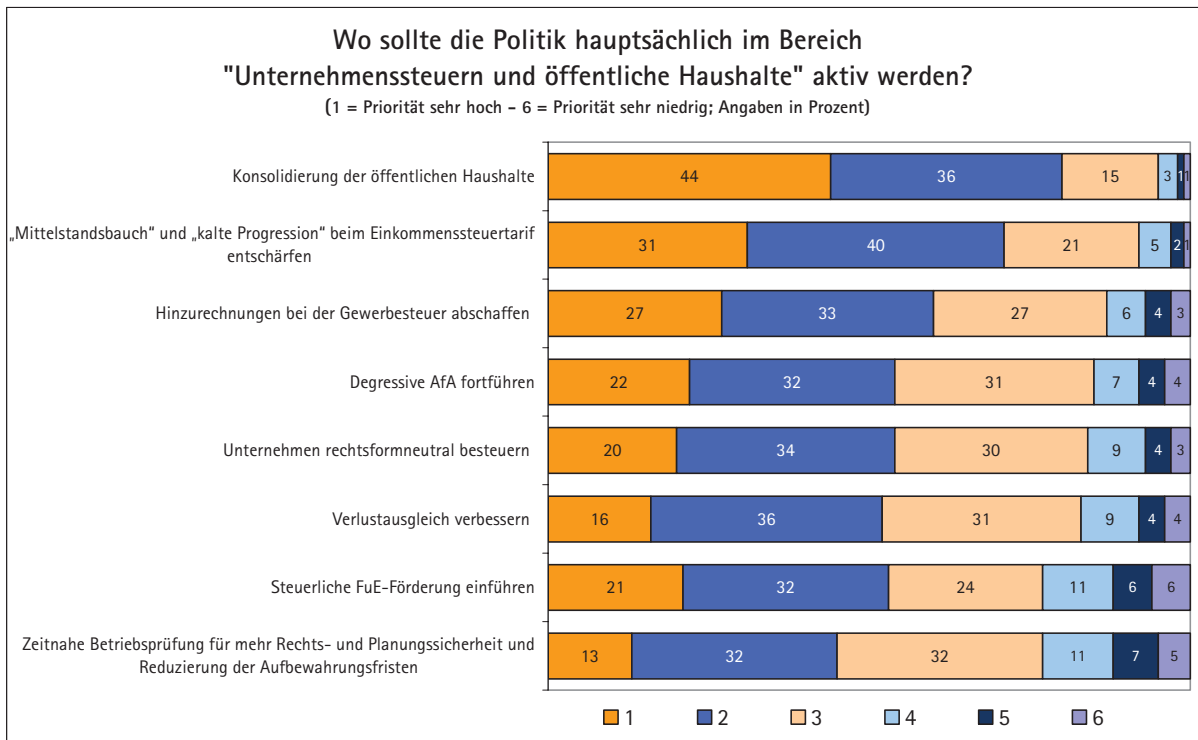
falls weit oben auf der Prioritätenliste der Unternehmen (Bewertung: 2,1).

Gewerbesteuer: Hinzurechnungen abschaffen

Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer führen dazu, dass Unternehmen selbst dann noch Steuern zahlen, wenn sie keine Gewinne haben. Das gefährdet Eigenkapital und Liquidität. 60 Prozent der Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie (Priorität 1: 27 Prozent, Priorität 2: 33 Prozent) sehen daher besonderen Handlungsbedarf, die Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer abzuschaffen (durchschnittliche Bewertung: 2,4).

„Investitionsschub“ Degressive AfA

Ebenfalls als besonders wichtig erachten die Unternehmen, die degressive AfA wieder einzuführen (2,5). Sie kann die Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation der Unternehmen verbessern. Zudem entspricht sie eher der tatsächlichen betrieblichen Nutzungsrealität.



Neutralität bei Besteuerung und erleichterter Verlustausgleich nötig

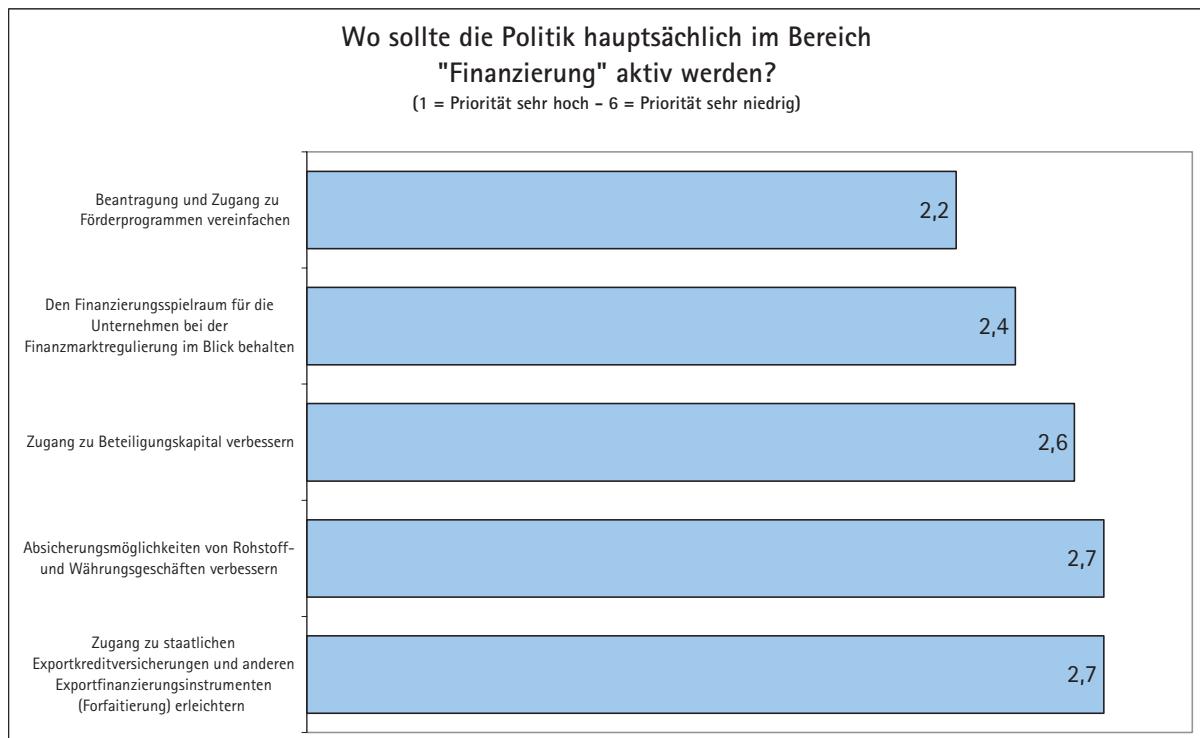
Eine rechtsformneutrale Besteuerung sehen 54 Prozent der Betriebe als ein probates Mittel seitens der Politik, um die Wettbewerbsfähigkeit hierzulande zu steigern (Priorität 1: 20 Prozent, Priorität: 34 Prozent). Insgesamt erhält dieser Forderung eine Bewertung von 2,5. Zudem plädieren die Industrieunternehmen dafür, den Verlustausgleich zu verbessern (2,6). Bisher verhindern die vielfachen Beschränkungen, dass sich Unternehmen nach wirtschaftlichen Schwächephase ausreichend schnell erholen können.

Steuerliche Forschungsförderung kommt in Betracht

Das Netzwerk Industrie sieht die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung zwar nicht als prioritär an, aber als sinnvolle Ergänzung zu den oben genannten Maßnahmen an (2,7). Zur Stärkung des Forschungsstandorts haben aus Sicht der Industrieunternehmen ein erleichterter Zugang zur Innovationsfinanzierung (2,3) und zur Projektförderung (Note 2,4) eine noch höhere Dringlichkeit.

Verfahren vereinfachen

Eine zeitnahe Betriebsprüfung verschafft den Unternehmen mehr Rechts- und Planungssicherheit. Für fast jedes zweite Unternehmen sind zeitnahe Prüfungen und kurze Aufbewahrungsfristen besonders wichtig (Priorität 1: 13 Prozent, Priorität 2: 32 Prozent; durchschnittliche Bewertung: 2,8). Insgesamt wird diese Maßnahme mit einer 2,8 bewertet. Die steuerliche Betriebsprüfung sollte spätestens fünf Jahre nach erstem zu prüfenden Veranlagungsjahr abgeschlossen sein.



Zugang zu Förderprogrammen vereinfachen

Der verbesserte Zugang zu Förderprogrammen hat aus Unternehmenssicht im Bereich „Finanzierung“ oberste Priorität (2,2). Sieben von zehn Unternehmen sehen einen verbesserten Zugang zu Förderprogrammen als besonders wichtig an (Priorität 1: 28 Prozent, Priorität 2: 41 Prozent). Kleineren Unternehmen (bis 20 Mitarbeiter), denen es oft an Kapazitäten mangelt, sehen hier eine besonders hohe Relevanz (Priorität 1 und 2: 77 Prozent).

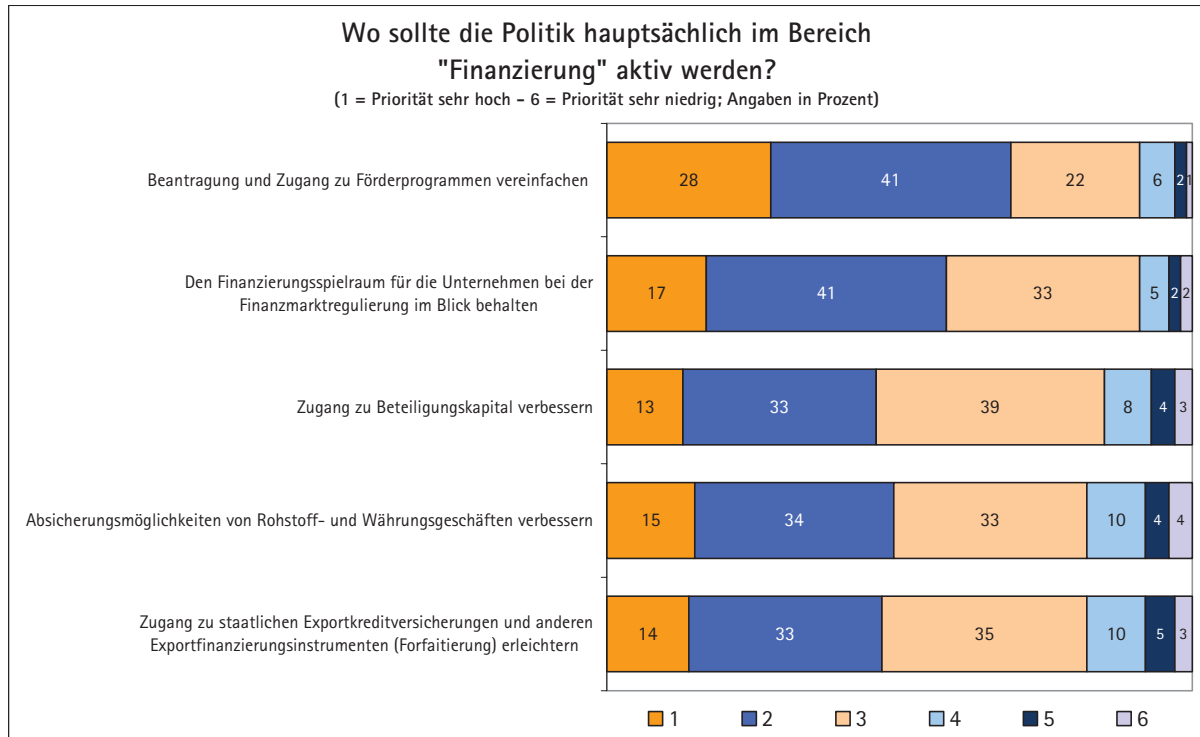
Finanzmärkte mit Augenmaß regulieren

Die Politik sollte den Kreditvergabespielraum für die Unternehmen bei der Finanzmarktregulierung im Blick behalten – das bewerten die Unternehmen ebenfalls mit einer überdurchschnittlich hohen Priorität (2,4). Eine noch höhere Bedeutung messen dem kleinere Betriebe zu, die größtenbedingt stärker von Banken abhängig sind (2,3). Zu den Regulierungsmaßnahmen gehören neben Basel III z. B. auch Bilanzierungsvorschriften sowie ein Sanierungskonzept für Banken in Schieflage. Mit einer stärkeren Finanzmarktregulierung wird zwar zukünftigen Krisen vorgebeugt. Kreditinstitu-

te werden dann jedoch zukünftig weniger Risiko übernehmen können. Dies wird sich für Unternehmen in steigenden Finanzierungskonditionen und möglicherweise auch in einem schlechteren Kreditzugang widerspiegeln.

Zugang zu Beteiligungskapital verbessern

Zudem sehen die Unternehmen einen verbesserten Zugang zu Beteiligungskapital als wichtige Maßnahme an (Bewertung: 2,6). Immerhin 46 Prozent der Industrieunternehmen sehen einen erhöhten Handlungsbedarf seitens der Politik (Priorität 1: 13 Prozent, Priorität 2: 33 Prozent). Unter den kleineren Unternehmen bis 20 Mitarbeitern sind es sogar 65 Prozent. Hierzulande gibt es noch keine ausgeprägte Kultur der Beteiligungsfinanzierung, der deutsche Wagniskapitalmarkt ist vergleichsweise schwach entwickelt. Die Schaffung von Rechtssicherheit – beispielsweise die gesetzliche Steuertransparenz für Wagniskapitalfonds – sollte Bestandteil eines dringend erforderlichen Wagniskapitalgesetzes sein.



Absicherung nicht einschränken

Angesichts einer strengeren Finanzmarktregulierung sorgen sich etliche Unternehmen, dass Absicherungsmöglichkeiten von Rohstoff- und Währungsgeschäften eingeschränkt werden.

Dabei dürfte der Bedarf nach neuen Absicherungsmöglichkeiten in Zukunft noch steigen. Verbesserte Absicherungsmöglichkeiten bewerten die Industrieunternehmen mit einer durchschnittlichen Priorität von 2,7 (großen Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiter: 2,5).

Zugang zu staatlichen Exportkreditversicherungen verbessern

Der erleichterte Zugang zu staatlichen Exportkreditversicherungen und anderen Exportfinanzierungsinstrumenten rangiert mit 2,7 weiter hinten bei den Prioritäten der Unternehmen. Die Unternehmen im Maschinenbau als exportstarke Branchen stufen diese Maßnahme als vergleichsweise wichtig ein (Note: 2,4 bzw. 2,3). Für sie ist es besonderer Relevanz, da die Exportfinanzierung unter Basel III noch schwieriger werden könnte. In der

gegenwärtig geplanten Form führt die Leverage Ratio zu einer Gleichbehandlung von risikoreicheren und damit margenstärkeren Engagements einerseits und von z. B. durch Hermes-Kreditversicherungen abgesicherten Krediten, andererseits. Das könnte nicht nur eine deutliche Verteuerung der Exportfinanzierung nach sich ziehen, sondern auch ihre Verfügbarkeit grundsätzlich erschweren. Die Exporttätigkeit der Unternehmen würde damit beeinträchtigt. Bei der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht sollten bei der „Leverage Ratio“ deshalb gedeckte Exportkredite nur mit ihrem entsprechenden Risikogewicht angerechnet werden.

Anhang

Fragebogen zur Sonderbefragung Netzwerk Industrie 2011

1. Auf einer Skala von eins („unterstützend“) bis sechs („hemmend“): Wie bewerten Sie die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland?

1	2	3	4	5	6

2. Wie bewerten Sie mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland die folgenden Standortfaktoren im internationalen Vergleich auf einer Skala von 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („nicht wettbewerbsfähig“)?

	1	2	3	4	5	6
Verfügbarkeit von geeigneten Fachkräften						
Qualität von Fachkräften						
Flexibilität des Arbeits- und Tarifrechts						
Staatliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf						
Steuerrecht (Komplexität / Praxistauglichkeit)						
Steuern und Abgaben						
Energiekosten						
Energiesicherheit						
Umweltschutzauflagen						
Effizienz der Behörden (inklusive Bürokratie)						
Verkehrsinfrastruktur						
IT-Infrastruktur						
Verfügbarkeit von Gewerbeflächen						
Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren						
Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen						
Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten						
Vernetzung von Forschung / Hochschulen mit Unternehmen						
Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen / Dienstleistern vor Ort						
Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten / Industrieanlagen / neuen Technologien						
Rechtssicherheit						
Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb						
Sozialer Friede						

3. Inwiefern ergreift Ihr Unternehmen ...

a) ...Maßnahmen, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu sein?

	Gar nicht	Erstmals	Weniger als bisher	Wie bisher	Stärker als bisher
Mitarbeiterqualifizierung					
Enge Kooperation mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen					
Teilnahme in Unternehmensnetzwerken und -clustern					
Entwicklung innovativer Produkte und Verfahren					
Entwicklung neuer Dienstleistungen rund um die Produkte					
Erschließung neuer Absatzregionen					
Erschließung neuer Beschaffungsregionen					
Zunehmende Konzentration auf hoch- und spitzentechnologische Nischenmärkte					
Auslagerung von Unternehmensbereichen im Inland					
Verlagerung von Unternehmensteilen ins Ausland					
Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz					
Absicherung gegen Währungsschwankungen					
Absicherung gegen steigende Rohstoffpreise					
Verbesserung der eigenen Finanzierungsstruktur					
Automation der Produktionsprozesse					

b) ... Maßnahmen, um dem demografischen Wandel zu begegnen?

	Gar nicht	Erstmals	Weniger als bisher	Wie bisher	Stärker als bisher
Kooperationen mit allgemeinbildenden Schulen					
Werben um Auszubildende					
Kooperationen mit Hochschulen bei dualen Studiengängen					
Werben um Studienabgänger an den regionalen Hochschulen					
Unterstützung der Studierenden durch Stipendien und Finanzierung von Lehrstühlen					
Anwerben ausländischer Fachkräfte					
Anpassung der Arbeitsorganisation und -abläufe an die Bedürfnisse älterer Beschäftigter					
Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf					
Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung					
Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung					
Ausrichtung der Angebotspalette (Produkte und Dienstleistungen) auf ältere Kunden					

c) ... Maßnahmen bei Energie-, Klimaschutz- und Umweltthemen?

	Gar nicht	Erstmals	Weniger als bisher	Wie bisher	Stärker als bisher
Herstellung ressourceneffizienter Produkte					
Preisaufschläge aufgrund steigender Beschaffungskosten für Rohstoffe					
Produktionsverringering am Standort Deutschland wegen zu hoher Umwelt- und Klimaschutzauflagen oder Energiekosten					
Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland wegen zu hoher Umwelt- und Klimaschutzauflagen oder Energiekosten					
Etablierung / Weiterentwicklung eines Energiemanagementsystems					
Kooperationen zur Energie- und Materialbeschaffung					
Einkauf umweltverträglicherer Vorprodukte					

4. Wo sollte die Politik hauptsächlich aktiv werden, um langfristig Wettbewerbsnachteile für Ihr Unternehmen zu verhindern bzw. abzubauen? Bitte bewerten Sie diese Maßnahmen unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage nach Priorität auf einer Skala von 1 („sehr hoch“) bis 6 („sehr niedrig“).

Unternehmenssteuern und öffentliche Haushalte						
	1	2	3	4	5	6
Konsolidierung der öffentlichen Haushalte						
Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer abschaffen						
Degressive AfA fortführen						
Zeitnahe Betriebsprüfung für mehr Rechts- und Planungssicherheit und Reduzierung der Aufbewahrungsfristen						
Verlustausgleich verbessern						
Unternehmen rechtsformneutral besteuern						
„Mittelstandsbauch“ und „kalte Progression“ beim Einkommenssteuertarif entschärfen						
Steuerliche FuE-Förderung einführen						

Energie und Ressourcen						
	1	2	3	4	5	6
Staatliche Zusatzlasten auf Energiepreise senken						
Sichere Energieversorgung gewährleisten						
Energieinfrastrukturausbau (Netze, Speicher) beschleunigen						
Akzeptanz für Energieinfrastruktur und -erzeugungsanlagen vor Ort erhöhen						
Ausbau der erneuerbaren Energien forcieren						
Energie- und Rohstoffforschung stärken						
Genehmigungsverfahren für die Erschließung einheimischer Rohstoffe vereinfachen						

Arbeitsmarkt und Fachkräfte						
	1	2	3	4	5	6
Arbeitszeitrecht vereinfachen						
Kündigungsschutz lockern						
Lohnzusatzkosten senken						
Befristungsregeln lockern						
Duale Studiengänge ausbauen						
Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfachen						
Hürden bei der Zuwanderung abbauen						
Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen (z.B. Verbesserung der Betreuungssituation)						

Forschung und Innovation						
	1	2	3	4	5	6
Forscher- und Fachkräftemangel beheben						
Zugang zu Innovationsfinanzierung erleichtern						
Besteuerung von Know-How-Transfer (Funktionsverlagerung) auf ein international übliches Maß beschränken						
Transparenz der öffentlichen Forschung erhöhen, um Kooperationsmöglichkeiten zu verbessern						
Zugang zu Projektförderung vereinfachen						
Patentschutz stärken (z.B. EU-Patent)						
Produktpiraterie wirksamer begegnen						

Finanzierung						
	1	2	3	4	5	6
Zugang zu Beteiligungskapital verbessern						
Beantragung und Zugang zu Förderprogrammen vereinfachen						
Den Finanzierungsspielraum für die Unternehmen bei der Finanzmarktregulierung im Blick behalten						
Zugang zu staatlichen Exportkreditversicherungen und anderen Exportfinanzierungsinstrumenten (Forfaitierung) erleichtern						
Absicherungsmöglichkeiten von Rohstoff- und Währungsgeschäften verbessern						

DIHK-Veröffentlichungen zur Industrie

- Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland. Zur Vernetzung von Industrie und Dienstleistungen – Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, Berlin 2002.
- Produktionsverlagerung als Element der Globalisierungsstrategie von Unternehmen – Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, Berlin 2003.
- Industrie Gründungen im Übergang zur Wissensgesellschaft – Schlaglichter einer Unternehmerbefragung durch die IHK-Organisation, Berlin 2004.
- DIHK-Industriereport 2005/2006 Industrie – Ergebnisse der Unternehmensbefragung „Wirtschaftslage und Erwartungen“, Berlin 2005.
- Investitionsstandort Deutschland auf dem Prüfstand – Unternehmensinvestitionen in Forschung und Entwicklung im In- und Ausland, Berlin 2005.
- Investitionen im Ausland – Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung, Berlin 2006.
- DIHK-Industriereport 2006/2007 Industrie – Ergebnisse der Unternehmensbefragung „Wirtschaftslage und Erwartungen“, Berlin 2006.
- Investitionen im Ausland – Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung, Berlin 2007.
- DIHK-Industriereport 2007/2008 Industrie – Ergebnisse der Unternehmensbefragung „Wirtschaftslage und Erwartungen“, Berlin 2007.
- Investitionen im Ausland – Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung, Berlin 2008.
- „Jenseits der Krise – Substanz und Zukunft des Industriestandortes Deutschlands“ aus Sicht der Industrieunternehmen, Berlin 2009.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2009.
- DIHK-Industriereport 2009 – Ergebnisse einer DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Herbst 2009.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2010.
- DIHK-Industriereport 2010/2011 – Ergebnisse einer DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Herbst 2010.
- Auslandsinvestitionen in der Industrie – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2011.